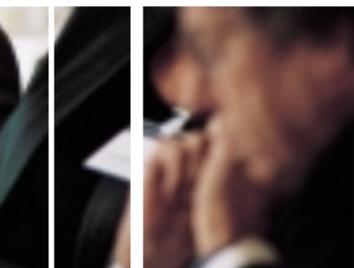


Karlspreis- Europa-Forum 2002

Europas Zukunft sichern

7. - 8. Mai 2002, Aachen





Karolus
impavit

Magno
Anno 74

Karlspreis- Europa-Forum 2002



4	Vorwort Prof. Dr. Werner Weidenfeld
6	Wege in die Zukunft eröffnen Geleitwort zum Karlspreis-Europa-Forum in Aachen 2002
8	Was hält die Europäer zusammen? Rede von Staatspräsident Rudolf Schuster zur Eröffnung des Karlspreis-Europa-Forums in Aachen 2002
14	Europas Reform denken Diskussionspapier zum Karlspreis-Europa-Forum in Aachen 2002
30	Die Zukunft Europas sichern Bericht zum Karlspreis-Europa-Forum in Aachen 2002 <ul style="list-style-type: none"> I. Bedrohte Sicherheit – Europas neue Rolle in der Welt II. Unvollendete Einigung – Konsequenzen der Erweiterung III. Die Regierbarkeit Europas – Anforderungen an den Konvent
44	Welche politischen Konsequenzen hat der Euro? Dokumentation zum Euro-Rundgespräch <ul style="list-style-type: none"> I. Einleitende Bemerkungen des Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Dr. Willem F. Duisenberg II. Ausschnitte aus dem Rundgespräch
50	Der Euro – Pfadfinder nach Europa, Kommentar von Dr. Hans D. Barbier
52	Begründung des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen an den EURO – getragen durch die Europäische Zentralbank
56	Tagungsprogramm
60	Teilnehmer
64	Publikationen



Vorwort

Die internationale Politik befindet sich im Umbruch. Die traditionellen Grundmuster im Verhalten zwischen den Staaten lösen sich auf. Doch obwohl die Notwendigkeit zum Handeln angesichts der globalen Herausforderungen immer dringlicher wird, bahnen sich neue Formen transnationalen Regierens nur mühsam den Weg. Auch die Europäische Union ist in ihrer heutigen Gestalt den akuten Fragen, die die veränderte Weltlage an sie stellt, nicht gewachsen. Zehn Jahre nach dem Ende der machtpolitischen Statik, die vom Konflikt zwischen Ost und West geprägt war, und weniger als ein Jahr nach den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon, ist jedem aufmerksamen Beobachter des Zeitgeschehens klar, dass die Schrittfolge des europäischen Integrationsprozesses deutlich erhöht werden muss. Europa kann sich weitere Jahrzehnte einer zögerlichen Evolution nicht erlauben. Vielmehr sieht es sich mit drei grundlegenden Schicksalsfragen konfrontiert, die rasche Entscheidungen über die zukünftige Architektur der Union verlangen:

- Angesichts der inzwischen erreichten Dichte der Integration stellt sich die Frage nach der Finalität Europas immer dringlicher.
- Die mit der Erweiterung der Europäischen Union verbundenen Entgrenzungsprozesse werfen die Frage nach der gemeinsamen Identität Europas auf.
- Die neuen Herausforderungen in der Welt- und Sicherheitspolitik erfordern eine Stärkung des Profils und der Handlungsfähigkeit Europas als internationaler Akteur.

Mit den Erklärungen von Nizza und Laeken sind Auftrag und zeitlicher Fahrplan der Zukunftsdebatte festgelegt, um Antworten auf diese Schlüsselfragen zu finden. In einem umfassenden Dialog sollen sich die Europäer bis 2004 darüber verständigen, wie die Union langfristig verfasst sein soll.

Unter diesen Vorzeichen fand das erste Karlspreis-Europa-Forum statt. Unter dem Leitmotiv „Europas Zukunft sichern“ baten die Bertelsmann Stiftung, der Oberbürgermeister der Stadt Aachen, das Karlspreisdirektorium und die Karlspreisstiftung 80 Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft sowie Experten aus Wissenschaft und Medien am Vortag der Vergabe des Internationalen Karlspreises nach Aachen. Ziel der Veranstalter war es, abseits des politischen Alltags den Raum für einen offenen und konzeptionellen Gedankenaustausch über die Zukunft Europas zu bieten. Gleichzeitig sollten von diesem historischen Ort aus Impulse für die Arbeit des Konvents zur Zukunft der Europäischen Union ausgehen, der nur wenige Wochen zuvor seine Arbeit aufgenommen hatte.

Grundlage und roter Faden der Debatten war ein Diskussionspapier, das am Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München ausgearbeitet worden war. Das Papier benennt die vier zentralen Integrationsprojekte des Vertiefungs- und Erweiterungsprozesses:

- Erstens muss die EU zu einer Sicherheitsgemeinschaft ausgebaut werden. Hierfür notwendig sind der Aufbau einer effektiven Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die Verwirklichung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.
- Das zweite Projekt zielt auf die Ungleichgewichte in der wirtschaftlichen Entwicklung, die die künftigen Erweiterungen auf immer neue Belastungsproben stellen werden. Diese Ungleichgewichte sollen durch eine Solidaritätsgemeinschaft aufgefangen werden.
- Drittens müssen die Konflikte, die aus den sicherheits-, wirtschafts- und finanzpolitischen

Herausforderungen erwachsen, in einem tragfähigen politischen System ausgetragen werden. Dies ist notwendig, damit die unumgänglichen Entscheidungen effektiv und demokratisch legitimiert im Rahmen einer von allen akzeptierten Verfassungsgemeinschaft getroffen werden.

- Und viertens soll der mit dem Binnenmarkt und der Einführung des Euro begonnene Weg fortgesetzt und durch ein europäisches Gesellschaftsmodell ergänzt werden, um die EU als dynamischste Wirtschaftszone der Welt und damit als nachhaltige Wachstumsgemeinschaft zu etablieren.

Diese vier Entwicklungsachsen sind es, die als Orientierungsrahmen für die Integrationspolitik dienen können. Das Projekt Europa hat gezeigt, dass Visionen Wirklichkeit werden können. Aber die Geschichte der europäischen Integration hat auch belegt, dass Erfolge rasch als Alltagserfahrung hingenommen werden. Das gilt gleichermaßen für die Friedensleistung, den Binnenmarkt und den Wegfall der Grenzen. Und diese Erfahrung dürfte sich mit dem Euro, der in diesem Jahr mit dem Internationalen Karlspreis ausgezeichnet wurde, wiederholen. Er wird ein wichtiges Stück gemeinsamer Identität prägen – eine Identität, die jedoch in kurzer Zeit wie selbstverständlich präsent sein wird.

Europa als Schicksalsgemeinschaft zu definieren, wird daher zur Neubegründung des Europagedankens zu wenig sein. Vielmehr muss die Europäische Union in den Köpfen und Herzen ihrer Bürger als Erfolgsgemeinschaft etabliert werden, die zwar auf den Errungenschaften der Schicksalsgemeinschaft aufbaut, jedoch einen entscheidenden Beitrag zur Zukunftssicherung leisten kann.

Aus der Abstimmung der Interessenlagen der Regierungen allein ergibt sich – wie der Gipfel von Nizza gezeigt hat – kein hinreichend konziser Impuls für die Strukturierung des Integrationsprozesses. Je länger der Konvent tagt, desto deutlicher werden die alten Konfliktlinien wieder hervortreten. Deshalb diskutierten die Teilnehmer des Karlspreis-Europa-Forums die Kernfragen der künftigen Entwicklungsstrategie für die EU in einem möglichst breiten Kontext:

Wie kann sich Europa angesichts der neuen sicherheitspolitischen Lage als internationaler Akteur behaupten?

Welche Konsequenzen hat der Erweiterungsprozess für die bisherigen Mitgliedsstaaten, für die beitretenden Staaten und für die Union als Ganzes?

Wie kann der vor kurzem ins Leben gerufene Konvent die Regierbarkeit Europas sichern?

Und schließlich: Welche politischen Konsequenzen hat der Euro?

Die Debatten des Forums machten deutlich, dass es tatsächlich an der Zeit ist, die Dinge beim Namen zu nennen und gedankliche Transparenz zu schaffen. Zudem wurde durch die Tagung deutlich, wie groß das Bedürfnis ist, im Umfeld des traditionsreichen und renommierten Karlspreises ein Forum zu schaffen, das zu konzentriertem Dialog einlädt und die Chance bietet, von Aachen aus Wege in die Zukunft unseres Kontinents zu eröffnen.

Prof. Dr. Werner Weidenfeld

Mitglied des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung,
Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Universität München



Erinnerte an die Dynamik der Integration – Gerd Schulte-Hillen

Geleitwort zum
Karlspreis-Europa-Forum
in Aachen

Wege in die Zukunft eröffnen

Die Idee, in Aachen einen Internationalen Karlspreis zu verleihen, geht auf den Aachener Kaufmann Dr. Kurt C. T. Pfeiffer zurück. Niemand konnte 1949 voraussehen, dass sich dieser Preis zur wichtigsten und renommiertesten Auszeichnung für Verdienste um Europa entwickeln würde.

Nicht nur die Deutschen, sondern auch die europäischen Nachbarn sollten durch den Symbolgehalt der jährlichen Preisverleihung für den europäischen Integrationsprozess gewonnen werden. Bis heute ist der Karlspreis ein europäisches Forum und Instrument, das fördernd, aber auch mahnend, den Stand der Einigungsbemühungen ins Bewusstsein einer breiten europäischen Öffentlichkeit heben will. Damit war und ist die Auszeichnung ein Symbol europäischen Integrationswillens und gleichzeitig ein Medium, politische Botschaften zu übermitteln und an der Gestaltung der Zukunft Europas mitzuwirken.

Der Internationale Karlspreis war nie allein Dank für herausragende Verdienste in der Vergangenheit, sondern vor allem Ermunterung und Ausdruck von in die Zukunft gerichteten Hoffnungen und Erwartungen. In den Preisträgern spiegelt sich die Geschichte des europäischen Integrationsprozesses wider. Neben den „Architekten“ der Integration finden sich unter den Preisträgern auch Hoffnungsträger und Vordenker für einen immer engeren Zusammenschluss.

Gleichsam symbolisch vermittelt sich die Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses auch in der Lage der Stadt Aachen, die sich heute nicht mehr – wie noch zu Kurt Pfeiffers Zeiten – als Grenzstadt in einer drückenden Randlage befindet, sondern vielmehr als eine Modellregion im Herzen Europas wahrgenommen wird und auch so wahrgenommen werden will.

Die Europaidee hat immer von neuen Anstößen profitiert. Heute, da ein Mangel an wirtschaftlichem Wachstum und die politische Gewichtsveränderung die nationale Diskussion wieder beleben, benötigt der europäische Integrationsprozess besondere Unterstützung.

Viele Preisträger haben den Krönungssaal des historischen Aachener Rathauses als Plattform verstanden, um ihre Vision des vereinten Europa zu skizzieren. Die geschichtsträchtige Pfalz Karls des Großen ist so schon in der Vergangenheit zu einer Zukunftswerkstatt Europas geworden. Diese Zukunftswerkstatt wird nun ausgebaut. Die Stadt Aachen, das traditionsreiche Karlspreis-Direktorium, die Karlspreis-Stiftung und die Bertelsmann Stiftung, deren zentrales Anliegen die sachlich orientierte Begleitung des Integrationsprozesses ist, sind überein gekommen, die Idee des Karlspreises durch ein jährlich stattfindendes Forum zu unterstützen.



Begrüßten die Teilnehmer des ersten Karlspreis-Europa-Forums: Bronislaw Geremek, Jürgen Linden, Walter Eversheim, Helmut Werner, Gerd Schulte-Hillen und Werner Weidenfeld (von links)

Das Karlspreis-Europa-Forum in Aachen fand am 7. und 8. Mai 2002 zum ersten Mal statt. Mit diesem Forum werden am Vortag der feierlichen Verleihung des Internationalen Karlspreises Entscheidungsträger und Experten aus allen Teilen des Kontinents zusammengeführt, um einen substanziellen Beitrag zur Fortentwicklung der europäischen Integration zu leisten. In einem offenen und konzentrierten Dialog wurden die aktuellen Herausforderungen und zukünftigen Problemlagen diskutiert und Lösungsmodelle entworfen. Von diesem Forum sollen Impulse auf den Einigungsprozess einwirken, sollen Wege in die Zukunft des Kontinents eröffnet werden.

Prof. Dr. Walter Eversheim
*Sprecher des Direktoriums
der Gesellschaft für die Verleihung des
Internationalen Karlspreises zu Aachen*

Dr. Jürgen Linden
Oberbürgermeister der Stadt Aachen

Gerd Schulte-Hillen
*Stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums
der Bertelsmann Stiftung; Vorsitzender des
Aufsichtsrates der Bertelsmann AG*

Helmut Werner
*Sprecher des Vorstandes der Stiftung
Internationaler Karlspreis zu Aachen*

Was hält die Europäer zusammen?

Rede des Staatspräsidenten der Slowakischen Republik, Rudolf Schuster,
zur Eröffnung des Karlspreis-Europa-Forums in Aachen am 7. Mai 2002



Herr Oberbürgermeister Dr. Linden, Herr Prof. Eversheim, Herr Werner, Herr Schulte-Hillen, Exzellenzen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Was hält die Europäer zusammen?“ lautet die Frage, die ich – so die freundliche Aufforderung der Bertelsmann Stiftung – heute Abend vor diesem illustren Kreis zu beantworten versuche. Weil ich mir bewusst bin, dass diese Frage je nach Herkunft, Erziehung, Ausbildung, politischem und intellektuellen Standort sowie ganz persönlichen Interessengebieten unterschiedlich beantwortet werden kann, bitte ich Sie um Nachsicht, wenn ich – Politiker machen das bekanntlich besonders gern – zunächst einmal über mich spreche.

„Die Europäische Geschichte ist die gemeinsame Wurzel, doch es geht um mehr als Nostalgie“ – Rudolf Schuster

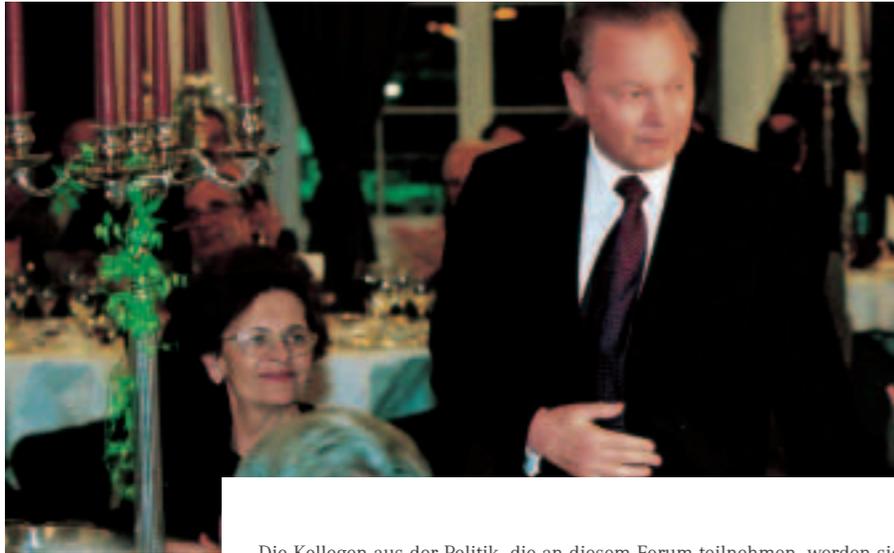


Ein europäischer Werdegang

Vor Ihnen steht ein Europäer, der längst von einem friedlichen Europa träumte, bevor in Europa 1989 die trennenden Grenzen zwischen den Staaten und vor allem in den Köpfen der Menschen fielen. Für meine Familie und mich war die Einheit Europas nämlich schon immer das Ziel unserer Sehnsucht; dies liegt in unserer ganz persönlichen Familiengeschichte begründet. Ich bin ein Nachkomme jener deutschen Handwerker, die im 15. Jahrhundert in die „Zips“, ein landschaftlich wunderschönes Gebiet südlich der Hohen Tatra einwanderten.

Meine Muttersprachen sind ein deutscher Dialekt, den wir Mantakisch nennen – es ist das bis heute bewahrte einstige Deutsch unserer Vorfahren –, und Slowakisch, die Sprache meiner Schule, meiner Notizen und meines Denkens. Ich bin gelernter Wasserbauingenieur, war an der Hochschule und einem staatlichen Eisenhüttenwerk tätig, bevor ich in der Politik Verantwortung übernahm – in der Kommunalpolitik, dann in der Regional- und Landespolitik, schließlich in der Hohen Politik, zwischendurch im diplomatischen Dienst.

Und damit keine Missverständnisse aufkommen: Obwohl ich mich zu Hause an führender Stelle beim Aufbau einer wirklich demokratischen Gesellschaft engagiert habe, bin ich kein Wendehals geworden, habe immer zu dem gestanden, was ich als früherer Kommunist getan und verantwortet habe. Nur diese Offenheit, davon bin ich überzeugt, hat mich bei den ersten freien und geheimen Wahlen als damals unabhängiger Kandidat erneut das Amt des Oberbürgermeisters von Kosice, das ich bereits zu „alter“ Zeit hatte, erringen lassen. Gleiches galt bei der Direktwahl in das Amt des ersten, frei und direkt gewählten Staatspräsidenten der Slowakei, bei der ich für die von mir gegründete „Partei der Verständigung unter den Bürgern“ antrat. Der Name der Partei ist übrigens Programm, er stand für mein ganz persönliches Engagement beim Bau von Dialogbrücken in der damaligen und bis jetzt noch immer nicht ganz überwundenen Phase der Polarisierung der slowakischen Gesellschaft in der Umbruchzeit.



„Nur die Einigung Europas überwindet die Geißel des Nationalismus“ – Rudolf Schuster

Die Kollegen aus der Politik, die an diesem Forum teilnehmen, werden sich wahrscheinlich dafür interessieren, dass ich meinen Amtseid mit dem Versprechen verbunden habe, die Slowakei in die NATO und in die EU zu führen! Damit habe ich mein politisches und persönliches Schicksal ohne Wenn und Aber mit der europäischen Einigungsidee verknüpft. Das sollte für jedermann deutlich machen: Die Slowakei sucht keine halbherzige Verbundenheit, sondern eine enge europäische Gemeinschaft, in der wir unsere gemeinsame Zukunft gestalten wollen.

Die Vision eines geeinten Europa wird Wirklichkeit

Doch zurück zur Kernfrage von heute Abend. Auch ich will alles in meiner Kraft Stehende tun, damit der jahrhundertealte Traum der Dichter, Denker, Politiker und Propheten Wirklichkeit wird: Die Einheit Europas. Zu diesen Visionären zähle ich übrigens auch mein politisches Vorbild Johannes Bocatius, geboren als Mitglied der sorbischen Minderheit in Vetschau am deutschen Spreewald, später Bürgermeister in Kosice. Eine große europäische Persönlichkeit, die zu ihren Prinzipien stand und um sie kämpfte.

Europa – das ist auch für mich gemeinsame Geschichte und gemeinsames Schicksal.

Herrschern wie Karl dem Großen gelang es zu seiner Zeit, einen großen Teil unseres Kontinentes mit Schwert und dynastischem Geschick zu einigen. Doch weil Kriege niemals mehr ein Mittel der Politik sein dürfen, müssen wir Politiker von heute uns auf das Wort (auch auf das Gegebene!) und die Vernunft verlassen.

Jemand wie ich, der – ohne eine andere Chance zu haben – in jenem Teil von Europa aufgewachsen ist, dem der Kommunismus mit seiner Kommandowirtschaft seinen Stempel aufdrückte, spürt manchmal, dass diejenigen, die von der Geschichte mehr bevorzugt waren, die Idee der gemeinsamen europäischen Geschichte und ihrem Streben nach Einheit nicht immer so genau definieren ...

Comenius, Dante Alighieri, Immanuel Kant, Novalis, Victor Hugo und neben vielen anderen auch William Penn – heute Abend gehe ich stellvertretend für die anderen großen Propheten oder Hoffnungsträger nur auf den großen britischen Denker und auf seinen „Essay über den gegenwärtigen und zukünftigen Frieden in Europa durch die Schaffung eines europäischen Reichstages, Parlamentes oder Staatenhauses“ ein. Hätte er sich doch damals durchsetzen und mit dieser großen Vision nicht nur die Vereinigten Staaten von Amerika prägen können! Uns Europäern, aber auch der übrigen Welt, wäre unglaubliches Leid erspart geblieben.

Konzentrierte Aufmerksamkeit bei den Teilnehmern – Irene Schulte-Hillen



Nachdem große Ideen, eben weil verfrüht und ihrer Zeit zu weit voraus, zu verpassten Chancen wurden, müssen wir in Europa um seiner friedlichen Zukunft willen heute erst recht unsere eigentliche, politische Jahrhundert- oder Jahrtausend-Chance nutzen. Nur die Einigung Europas überwindet die Geißel des Nationalismus, die Europa viele Generationen lang mit Kriegen überzogen hat, für deren „Begründung“ die heutige, in Frieden aufwachsende europäische Jugend vermutlich nicht das geringste Verständnis mehr aufbringen kann. Dies sage ich auch als Staatsoberhaupt eines europäischen Landes, dessen Menschen – eben wegen unserer wechselvollen, oft auch leidvollen Geschichte – natürlich ebenfalls die Sehnsucht hatten, wenigstens einmal, und wenn auch nur für eine kurze Zeit, Bürger eines eigenen slowakischen Staates mit eigener Souveränität zu sein.



Helmut Werner und Hermann Krämer machen Aachen zu einem Zentrum des europapolitischen Dialogs



Jürgen Linden (rechts) im Gespräch mit Klaus Gretschmann

Europa aktiv mitgestalten

Meine Damen und Herren, Europa in Gänze, eben nicht nur im vom Kommunismus verschonten westlichen, sondern auch im geschichtlich unglücklicheren östlichen Teil, ist eine einzigartige, unteilbare politische Einheit, wenn auch vielfältig, vielschichtig und kompliziert strukturiert. So hat es mein Kollege und enger, persönlicher Freund Vaclav Havel hier in Aachen vor elf Jahren formuliert, und ich bestätige seine Einschätzung ausdrücklich!

Wir Slowaken, und das ist ein Versprechen auch an dieses Auditorium, wollen uns in Europa engagiert und kreativ einbringen. Mit einer hochmotivierten Jugend, die weiß, dass ihr nichts geschenkt wird: Die im Gegenteil „hungrig“ danach ist, sich auf europäischem Niveau und in internationaler Konkurrenz zu bewähren. Am Arbeitsplatz, in Forschungseinrichtungen, wo auch immer ... Dafür lernen die jungen Slowaken Sprachen, büffeln Tag und Nacht an unseren Universitäten, nutzen jede Chance, im Ausland Praktika zu absolvieren.

Wir Slowaken kennen und berufen uns zwar auf die gemeinsame europäische Geschichte.

Sie ist die Wurzel, die uns mit den anderen Völkern Europas verbindet. Doch bei uns geht es um mehr als Nostalgie und das Dazugehören- und das nicht Ausgeschlossenenseinwollen!

Wir wollen Europa aktiv mit aufbauen, mit gestalten, mit weiterentwickeln.

Natürlich haben auch wir wirtschaftliche Motive, wollen auch wir im Kreis der Westeuropäer Wohlstand finden, laden Investoren herzlich ein, zu uns zu kommen – bieten ihnen Garantien und professionelle Kooperation. Doch wir verbinden den EU-Beitritt ebenso sehr mit der Absicherung des Demokratisierungsprozesses – auf der Suche nach politischer Stabilität, innerer und äußerer Sicherheit, sozialer Gerechtigkeit.



Fanden nach der Eröffnungsrede die Gelegenheit, Aspekte des Erweiterungsprozesses zu diskutieren – Rudolf Schuster und Werner Weidenfeld

**„Die Botschaft des Karlspreises ist seit 52 Jahren unverändert: die freiwillige Verständigung der Völker Europas auf allen Ebenen, politisch, wirtschaftlich und geistig-kulturell“
Walter Eversheim (hier rechts, im Gespräch mit Werner Weidenfeld) steht für die Kontinuität einer Aachener Tradition mit europäischem Format**



Mein Land mit seiner großen Kultur, seiner uralten Tradition und vor allem seiner Jugend wird Europa bereichern. Wir Slowaken – das Parlament, die Regierung, die Wirtschaft, die Hochschulen, große Teile der Gesellschaft und natürlich auch der Staatspräsident – haben in den vergangenen Jahren im Hinblick auf unsere Bewerbung um die NATO- und EU-Mitgliedschaft die Anstrengungen des Integrationsprozesses bis an (und manchmal über) die Schmerzgrenze unserer Leistungsfähigkeit beschleunigt.

Dabei mussten die politischen Verantwortlichen darauf achten, dass die Rigorosität und das Tempo dieses Anpassungskurses eine so junge Demokratie wie die slowakische nicht in die Gefahr des politischen Scheiterns brachte. Das war manchmal ein schmaler Grat, und ich räume ein, dass einige Populisten das Scheitern vielleicht gern gesehen hätten. Doch auch diese Klippen haben wir umschifft. Inzwischen bin ich felsenfest davon überzeugt, dass sich unser unumkehrbares Votum für Europa auch im Ergebnis der nächsten slowakischen Parlamentswahlen im September widerspiegeln wird.

Pluralistische Demokratie, Marktwirtschaft, Übernahme des gesamten Gemeinschaftsrechts der EU und Zustimmung zu den Zielen der europäischen Verträge – in der Slowakei finden diese Beitrittskriterien breitesten Konsens. Unser Streben und Hoffen ist auf eine schnellstmögliche Aufnahme in die Europäische Union gerichtet, zeitgleich mit den übrigen drei Visegrad-Staaten Tschechien, Ungarn und Polen. Es ist kein Geheimnis, dass die Staatsoberhäupter und die Regierungen dieser Staaten sich dabei ohne Wenn und Aber gegenseitig stützen. Dafür sind wir dankbar.

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und Aufmerksamkeit.

Europas Reform denken

Diskussionspapier zum Karlspreis-Europa-Forum in Aachen 2002

Bertelsmann Forschungsgruppe Politik
am Centrum für angewandte Politikforschung
Universität München



Zwischen Erfolg und Krise

Europa durchlebt ein Wechselbad der Gefühle. Erfolg und Krise sind ständige Wegbegleiter des Integrationsprozesses. Über die Jahrzehnte hinweg betrachtet ist die europäische Einigung zwar eine Erfolgsgeschichte. Viele Fortschritte wurden jedoch erst im Nachhinein als solche bewertet. Die Einführung des Euro als gemeinsame Währung der Europäer ist das jüngste Beispiel. Und kaum werden Erfolge sichtbar, zeichnet sich schon eine neue Krise ab. So auch nach der Rede von Joschka Fischer zur Zukunft der europäischen Integration. Diese hat eine Grundsatzdebatte der führenden Europapolitiker initiiert. Pioniergruppen sollten den Weg zu einer Europäischen Föderation bereiten, ein erweitertes Europa sich an einer gemeinsamen Verfassung aufrichten, eine europäische Regierung und ein europäischer Präsident Handlungsfähigkeit und Akzeptanz der Union sichern.

Doch Theorie und Praxis klaffen oft auseinander. Während sich die Handelsreisenden in Sachen Europavisionen die Klinke in die Hand gaben, braute sich ein Tief an der Côte d'Azur zusammen. Nur mühsam konnten sich die Staats- und Regierungschefs auf den Vertrag von Nizza einigen. In der spannungsgeladenen Atmosphäre des Gipfels trat die Staatengemeinschaft der Einzelinteressen wieder unter der Fassade der Festtagsredner hervor. Stimmengewichtung und Präsenz in der Kommission beherrschten das diplomatische Parkett. Deutschland wollte sein Gewicht gegenüber Frankreich betont wissen, die großen Mitgliedstaaten die Blockademacht gegenüber den kleinen ausbauen und die Mittelempfänger ihre Zuflüsse sichern. Die Effizienz und Handlungsfähigkeit einer sich erweiternden Union wurde hinter den einzelstaatlichen Interessen zurückgestellt. Am Ende stand ein Kompromiss, der wenig Hoffnung auf eine entschlossene Fortsetzung des Einigungswerkes aufkommen lässt.

Oft genug aber ging die Europäische Union letztlich gestärkt aus solchen Krisen hervor. Erst dadurch eröffnet sich zumeist die Möglichkeit, neue Wege auf dem Einigungspfad einzuschlagen. So war es auch nach dem Gipfel von Nizza. Auf deutsch-italienische Initiative hin wurde in den Vertrag eine Erklärung zur Zukunft der Union aufgenommen. Mit einer nachvollziehbaren Aufgabenteilung, demokratischer Gewaltenteilung und einem vereinfachten Vertragswerk soll die EU demnach bis 2004 fit für kommende Herausforderungen gemacht werden. Diese Reformagenda wurde seitdem nicht nur deutlich ausgeweitet, sondern es wurde auch der Beschluss gefasst, die Reformen nicht mehr durch Regierungsvertreter allein, sondern im Rahmen eines parlamentarisch geprägten Konvents vorbereiten zu lassen.

Der Konvent zur Reform der Europäischen Union ist mit vielen Vorschusslorbeeren gestartet: Ein neuer Weg zur Vollendung Europas sei beschritten, ein Meilenstein der Demokratie gesetzt worden. Doch bevor der Konvent als historischer Erfolg in die Geschichte eingehen kann, muss er eine hohe Hürde nehmen. Er muss nämlich schaffen, was mehreren Regierungskonferenzen zuvor nicht gelungen ist: die EU als politische Union nach den Grundsätzen der Demokratie und der Gewaltenteilung zu gestalten. Anders als in den bisherigen Regierungskonferenzen, in denen hinter verschlossenen Türen intransparente Reformpakete geschnürt wurden, wollen die über 100 Vertreter der Regierungen, der nationalen Parlamente, des Europaparlaments, der Kommission sowie der Beitrittskandidaten bis Juni 2003 eine Vertragsreform ausarbeiten, die das wachsende Europa regierbar gestaltet und es den Bürgern wieder näher bringt.

Das Integrationsbarometer zeigt also erneut eine Schönwetterfront an. Je länger aber der Konvent tagen wird, desto deutlicher werden die bekannten Konfliktlinien wieder hervortreten.

■ Unterschiedliche **macht- und sicherheitspolitische Interessen** und Kapazitäten, wie sie in Nizza oder in den Reaktionen auf den 11. September sichtbar wurden, müssen institutionell aufgefangen werden.

■ **Finanzpolitische Verteilungskämpfe** werden ihren Niederschlag in der Debatte um eine neue Aufgabenteilung und Entscheidungsstruktur vor allem in der Agrar- und Strukturpolitik finden.

■ Widersprüchliche **ökonomische Ordnungsvorstellungen** werden zu Tage treten, sei es in der Frage staatlicher Beihilfen, der sozialen Abfederung des Binnenmarktes oder den Folgefragen der Euroeinführung.

■ Vor allem aber werden die **integrationspolitischen Divergenzen** über das Leitbild einer künftigen Union zum Tragen kommen, wenn es darum geht, einen konstitutionellen Rahmen für die Europäische Union und ihre künftigen Aufgaben zu setzen.

Die Projekte der Vertiefung wie der Erweiterung werden die Präzisierung der früher vage gehaltenen Vorstellung von der Finalität des Integrationsprozesses erzwingen. Beide Prozesse enthalten Belastungsproben für das System der Integration und den Zusammenhalt seiner Mitglieder, die eine Verstärkung der wechselseitigen Bindungen erfordern. In der Verarbeitung dieser Lasten steht der Integrationsprozess an einer konzeptionellen Wegscheide, die das bisher übliche Offenhalten der Finalität nicht zulässt, sondern die Entscheidung zwischen verschiedenen Entwicklungssträngen verlangt:

Bekannte Konfliktlinien

Europa am Scheideweg

Denkbar ist, dass die produktive Bewältigung der aktuellen Herausforderungen zur Triebfeder weiterer Integration wird: Die Europäische Union wird zu einer **Föderation europäischer Staaten**, gestützt auf einen Verfassungsvertrag mit abgegrenzten Zuständigkeiten der verschiedenen Ebenen und demokratischen Legitimations- und Kontrollverfahren ausgebaut. Damit wäre die Entscheidung zur Staatswerdung Europas auf der Basis der supranationalen Idee gefallen. Dies setzt die Bereitschaft auch der künftigen Mitgliedstaaten zu substanziellem Souveränitätstransfer sowie zum Aufbau europäischer Regierungskapazität voraus.

Die europäische Integration kann jedoch auch einen anderen Weg nehmen, auf dem supranationales Handeln und Zusammenarbeit der Regierungen die Politik der Staaten nur ergänzt. Dieses Europa könnte die Form einer **vertieften Freihandelszone** annehmen – locker genug, um die divergierenden Interessenlagen, Ansprüche und Ambitionen der Staaten auszuhalten, jedoch stark genug, um die Skalenerträge des gemeinsamen Wirtschaftsraums in den Stufen der Erweiterung von 15 auf 28 und mehr Staaten nicht zu verlieren. In diesem Szenario erscheint die Weiterentwicklung der politischen Integration für alle weitgehend ausgeschlossen – sie wäre allenfalls über den Weg der verstärkten Zusammenarbeit für den Kreis der Euro-Staaten plausibel.

Ein dritter Weg zwischen diesen beiden Entwicklungsszenarien wäre der einer differenzierten Integration. Wenn es nicht gelingt, die EU zu erweitern und gleichzeitig ihre politischen Ziele zu realisieren, dann läge in der Vorwegnahme der politischen Finalität einer großen EU durch den Kreis der dazu fähigen und willigen Staaten die wohl einzige Chance, den Zusammenhalt zu stärken und das Integrationsprojekt voranzubringen. Eine Gruppe von Staaten würde jeweils die Wirtschaftsunion, die Union der inneren Sicherheit, die Verteidigungsunion bilden. Die Zusammensetzung dieser Avantgarde-Projekte muss nicht identisch sein, dürfte aber weitgehend

deckungsgleich ausfallen und könnte so das Konzept einer Europäischen Föderation vital halten: als Zusammenführung der Ergebnisse, Erfahrungen und Strukturen tiefer Integration wie als Angebot an alle EU-Mitglieder.

Die Zukunftsprojekte der europäischen Integration

Trotz widerstreitender Interessen und Leitbilder muss bis 2004 das Europa der Zukunft vereinbart werden. Weitere Jahrzehnte einer schrittweisen Evolution oder gar den Weg zurück aus der Integration werden die inneren Spannungen der gewachsenen Strukturen, das ungebrochene Interesse weiterer Staaten an einer Mitgliedschaft, die Dynamik der globalen Wirtschafts- und Finanzmärkte sowie die wachsenden Anforderungen an die EU als regionaler und globaler Stabilitätsfaktor nicht zulassen. Europa wird seine Rolle als Sicherheits- und Interessengemeinschaft konstitutionell bestimmen müssen. Die Chancen für Reformen und substanzielle Veränderungen sind günstig. Der externe Integrationsdruck ist erheblich und den Mitgliedstaaten steht trotz vielfältiger Divergenzen eine breite Basis an gemeinsamen Interessen zur Verfügung. Das Ausmaß und die Dynamik dieser Gemeinsamkeiten verdeutlichen die vier Großprojekte der Europäischen Union:

Der Karlspreisträger des Jahres 1998, Bronislaw Geremek, mit Gerd Schulte-Hillen und Werner Weidenfeld



Durch den Aufbau einer effektiven Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die Verwirklichung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts soll die EU zu einer **Sicherheitsgemeinschaft** ausgebaut werden.

Der mit der Zollunion, dem Binnenmarkt und der Einführung des Euro begonnene Weg soll fortgesetzt und durch ein europäisches Gesellschaftsmodell ergänzt werden, um die EU als dynamischste Wirtschaftszone der Welt und damit als nachhaltige **Wachstumsgemeinschaft** zu etablieren.

Ungleichgewichte in der wirtschaftlichen Entwicklung, die auch durch künftige Erweiterungen auf immer neue Belastungsproben gestellt werden, sollen durch eine **Solidaritätsgemeinschaft** aufgefangen werden.

Die Konflikte, die aus den sicherheits-, wirtschafts- und finanzpolitischen Herausforderungen erwachsen, müssen in einem tragfähigen politischen System ausgetragen werden, damit die notwendigen Entscheidungen effektiv und demokratisch legitimiert im Rahmen einer von allen akzeptierten **Verfassungsgemeinschaft** generiert werden können.

Sicherheitsgemeinschaft

Angesichts der Erfahrungen auf dem Balkan, der neuen Risiken des Terrors und der Anforderungen an die weltweite Friedenspolitik sind die Konzepte und Strukturen europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik neu zu durchdenken. Es hat sich gezeigt, dass Europa ohne handlungsfähige militärische Führung, die sich auf entsprechende Ressourcen und Entscheidungsstrukturen stützen kann, keine wirksame Krisenbewältigung leisten oder gar eine tragende Rolle bei der Gestaltung der internationalen Friedensordnung spielen kann. Vor diesem Hintergrund sind die Beschlüsse zum Ausbau der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) getroffen worden. Eine Konsequenz der Ereignisse des 11. September 2001 ist jedoch, das Ziel einer schnellen Eingreiftruppe von 60000 Mann präziser zu definieren und ambitionierter zu verfolgen. Denn zu den Folgen der Terroranschläge in New York und Washington gehören steigende Leistungserwartungen an die „harte Sicherheit“ in Europa. Die Staaten Europas benötigen nicht nur die Fähigkeit, unter eigener Führung Frieden in ihrer unmittelbaren Nähe zu schaffen, Bürgerkriege und ethnische Gewalt zu kontrollieren. Sie brauchen zugleich die

Die vier Zukunftsprojekte der Integration



Warf die Frage nach der zukünftigen Rolle der Nationen in Europa auf – André Leysen

Instrumente zum Schutz ihrer Interessen, ihrer Werte und ihrer Partner überall dort, wo diese elementar verletzt werden. In diesem Sinne sind die getroffenen Beschlüsse zu Aufbau und Ausstattung gemeinsamer Kapazitäten unzureichend. Die nötigen Entwicklungspotenziale lassen sich am ehesten durch die gemeinsame Bedarfsbestimmung und eine entsprechende Mittelkonzentration im Rüstungsbereich freisetzen. Die Umsetzung eines umfassenden Sicherheitsverständnisses in konkrete Politik erfordert die Verzahnung von äußerer und innerer Sicherheit. Die Segmentierung der Sicherheitspolitik in getrennte Handlungsfelder – wie dies auch in den Mitgliedstaaten der Fall ist – sollte überwunden werden. Die Ergänzung der militärischen Komponente durch nichtmilitärische Instrumente wie die Aufstellung und Ausrüstung einer gemeinsamen Polizeitruppe zur Bewältigung der Petersberg-Aufgaben hat an Dringlichkeit gewonnen. Die europäische Sicherheitspolitik sollte künftig als übergreifendes Prinzip verstanden werden. Die Trennung in gemeinschaftliche und intergouvernementale Politikbereiche wird nicht aufrechtzuerhalten sein. Das Spektrum außenpolitischer Handlungsmöglichkeiten, inklusive der Außenhandelsbeziehungen, sollte zu einer kohärenten Gemeinschaftspolitik gebündelt werden, damit die Ressourcen des Rates und der Kommission sowie die Beratungs- und Entscheidungsinstanzen der Mitgliedstaaten besser ineinander greifen können.

Verzahnung von äußerer und innerer Sicherheit

Die Neubestimmung des Zusammenhangs von innerer und äußerer Sicherheit ist ohne die Verknüpfung von GASP und ESVP mit der seit 1999 betriebenen Gemeinschaftsbildung im Bereich Justiz und Inneres nicht zu denken. Europa muss hier handeln, damit die Stärke der Europäer – die Vielfalt der Räume, Zusammenhänge und Ordnungen – nicht zur Schwäche wird. Die Kommission ist dabei schon heute das Scharnier zwischen den Pfeilern und Politiken. Ihr wird eine Schlüsselrolle zukommen, wenn es darum geht, die großen sicherheitspolitischen Zielsetzungen mit der Verwirklichung eines gemeinsamen Vorgehens im innenpolitischen Bereich zu verknüpfen.

Im Bereich der Innen- und Justizpolitik hat sich die Europäische Union das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2004 einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu verwirklichen. Die Konsequenzen sind ähnlich weit reichend wie die der Schaffung des Binnenmarktes. Schon durch die gemeinsamen Bestimmungen im Bereich Asyl, Visa und Migration sowie die Schaffung von Europol und Eurojust wird eine neue Stufe der Integration erreicht. Doch wird die Entwicklung hier nicht stehen bleiben. Weitere Projekte wie die Einrichtung einer europäischen Grenzschutztruppe, die Weiterentwicklung von Eurojust zu einer Europäischen Staatsanwaltschaft mit begrenzten Ermittlungsrechten in den Mitgliedstaaten sowie der Ausbau der operativen Rechte von Europol zeichnen sich bereits ab – sie liegen in der Logik eines gemeinsamen Sicherheitsraumes nach innen.

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Wie in der Außen- und Sicherheitspolitik sollte eine Auflösung des separaten Pfeilers für die verbliebenen Sachfragen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen folgen. Der gemeinsame europäische Haftbefehl und die Verabschiedung der europäischen Geldwäscherichtlinie sind als Vorzeichen dieser Entwicklung zu verstehen. In der Logik

der Zusammenführung aller sicherheitsrelevanten Politikfelder unter einem Dach liegt auch die Verschmelzung von EU und EG und damit die Verleihung der Rechtspersönlichkeit an die Europäische Union. Nicht zuletzt ist die personelle Trennung zwischen dem Hohen Vertreter der GASP und dem zuständigen Kommissar für Außenbeziehung zu beenden. Auf dieser Grundlage kann ein umfassender Sicherheitsbegriff in eine Politik übersetzt werden, die auch den Erwartungen der Bürger gerecht wird.

Wachstumsgemeinschaft

Die Gewährleistung von Sicherheit und Frieden ist der eine Pfeiler, auf dem die Union der Zukunft aufgebaut werden muss. Der zweite Pfeiler heißt Wohlstand und soziale Sicherheit. Die EU hat hier bereits viel erreicht. Zusammen mit dem Binnenmarkt bildet die Währungsunion die strategische Antwort Europas auf die Internationalisierung der Wirtschaft. Durch Zollunion, Freihandel und Binnenmarkt liegt Europa bereits heute im Welthandel an der Spitze. Inzwischen beginnen auch die materiellen Folgen der gemeinsamen Währung ihre Wirkung zu entfalten: die Vergleichbarkeit der Preise, sinkende Wechselkursrisiken und Transaktionskosten intensivieren den Wettbewerb und erhöhen die Attraktivität Europas als Investitionsstandort. Es entsteht ein ökonomisches Umfeld, das der Sicherung von Preisstabilität, der Mobilisierung von Wachstumskräften und der dringend benötigten Modernisierung der europäischen Volkswirtschaften förderlich ist. Die Weiterentwicklung einer wirtschaftspolitischen Ordnung Europas hat Folgen, die bei einer Reform der Arbeitsteilung und der politischen Verantwortung im Rahmen der Konventsarbeit und der kommenden Regierungskonferenz berücksichtigt werden müssen. Das betrifft die Verbesserung der Mechanismen der wirtschaftspolitischen Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten ebenso wie die Frage einer einheitlichen Außenvertretung des Euro in internationalen Organisationen und gegenüber Drittstaaten. Dazu sollte eine Klärung der Rollenverteilung zwischen dem Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU-Mitgliedstaaten und der auf die WWU-Teilnehmer begrenzten Eurogruppe erfolgen. Koordinierung und Außenvertretung der Wirtschafts- und Finanzpolitik sollten in einer Hand liegen.

Trat für eine Reform der europäischen Agrar- und Strukturpolitik ein – Caio Koch-Weser



Werner Weidenfeld erinnerte daran, dass die Bertelsmann Forschungsgruppe Politik bereits einen europäischen Grundvertrag entworfen hat



Gemeinsame Wirtschafts- und Finanzordnung

Dies kann umso besser gelingen, je eindeutiger und nachvollziehbarer die Mitgliedstaaten das Regelwerk aus gemeinsamen Verfassungsbestimmungen und ordnungspolitischen Grundüberzeugungen gestalten, auf das sich ihr gemeinsames Vorgehen stützt. Doch der gegenwärtige Handlungsrahmen wird eine angemessene Regierungsfähigkeit für eine immer größere Anzahl von Mitgliedstaaten kaum mehr gewährleisten können. Es gilt zu prüfen, welche Aufgabenfelder und Bestimmungen in eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzordnung zu überführen sind. Die Durchsicht der Gemeinschaftsbestimmungen zeigt, dass bereits elementare Grundzüge einer europäischen Wirtschaftsverfassung in den Verträgen angelegt sind. Diese sollten jedoch neu geordnet, ergänzt und in einer stringenten Systematik zusammengeführt werden.

Binnenmarkt und Währungsunion sind die Kernstücke der Wirtschaftsintegration. Nachdem die ökonomischen Zielsetzungen über Jahrzehnte im Mittelpunkt des europäischen Aufbauwerkes standen, wird die Europäische Union heute aber auch zunehmend bei der Erfüllung weiterer staatlicher Grundaufgaben, wie der Sicherung persönlicher Freiheit, allgemeinen Wohlstands oder sozialer Gerechtigkeit in die Pflicht genommen. Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Beschäftigung, Ausbildung und soziale Stabilität werden damit zu Schlüsselfragen der europäischen Politik. Europas Zukunft liegt in der Entfaltung der Wissensgesellschaft und den Fähigkeiten der Menschen, im großen Binnenmarkt der erweiterten EU produktiv zu werden. Entsprechend fördert die Europäische Union im Rahmen des vor zwei Jahren eingeleiteten Lissabon-Prozesses als „sozialpolitische Lerngemeinschaft“ die Aufstellung von Leistungsvergleichen, um auf diesem Weg besonders Erfolg versprechende Lösungsmodelle zu ermitteln.

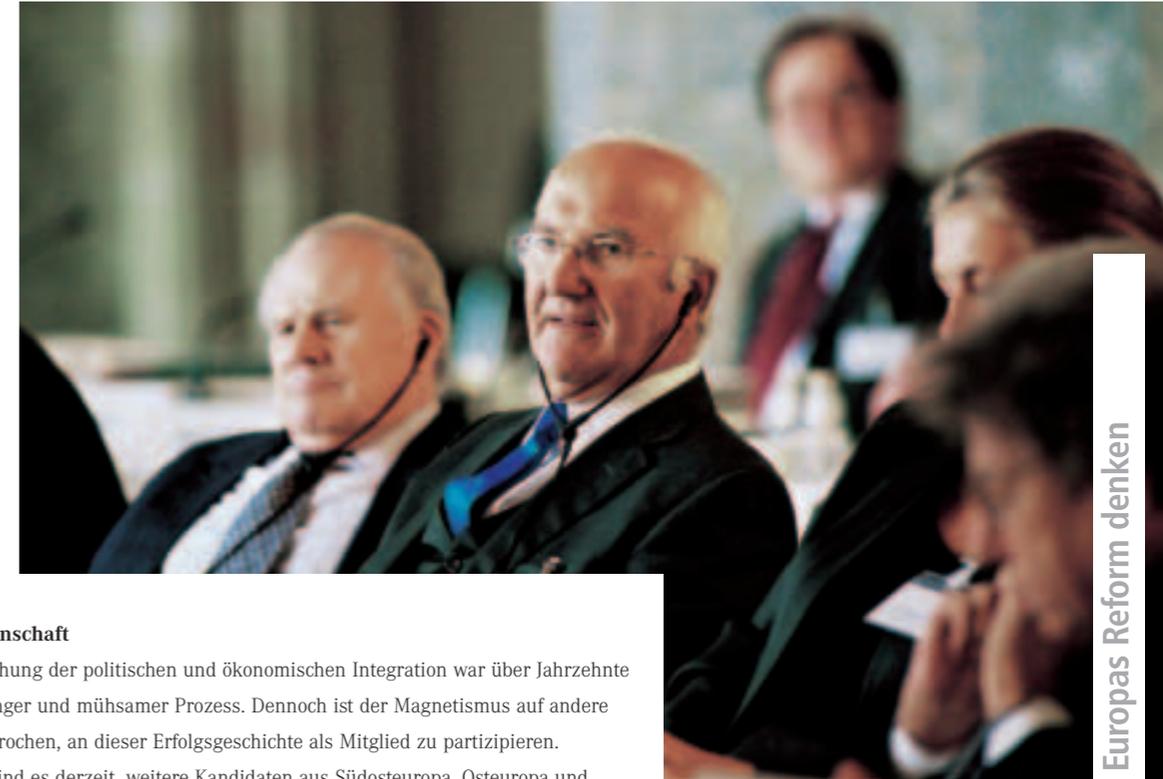
Die politische Verantwortung liegt nach wie vor bei den Mitgliedstaaten, die sich vorwiegend der neuen Methode der offenen Koordinierung bedienen. Das ist ein politisches Instrument, welches durch die Bestimmung von Leitlinien und Indikatoren eine Überprüfung nationaler Initiativen im Rahmen eines Benchmarking-Prozesses ermöglichen soll. Der Kommission kommt dabei im Wesentlichen eine Rolle bei der Festlegung der Zielindikatoren und der Ermittlung der Vergleichsdaten zu. Sie sollte aber stärker auch die daraus folgenden Empfehlungen mitformulieren und vor allem ihre erfolgreiche Umsetzung in den Mitgliedstaaten überprüfen und bewerten können. Die Methode der offenen Koordinierung wird auf europäischer Ebene angewendet, daher sollte sie auch ihren Platz im Handlungsrahmen der EU finden und mit entsprechenden Verfahren versehen werden. Bleibt die Identifizierung von „best practice“-Modellen ohne Folgen in der Reformpolitik der Staaten, so wird eines der interessantesten Instrumente politischer Steuerung unterhalb der Ebene der Vergemeinschaftung an Momentum verlieren und seine europapolitische Gestaltungskraft für die europäische Wachstumsgemeinschaft einbüßen.

Methode der offenen Koordinierung



Der ungarische Schriftsteller und Philosoph György Konrád wurde 2001 mit dem Karlspreis ausgezeichnet

Brachte das komplexe Verhältnis zwischen Konvent und Regierungen der Mitgliedstaaten zur Sprache – Hermann Krämer



Solidargemeinschaft

Die Verwirklichung der politischen und ökonomischen Integration war über Jahrzehnte hinweg ein langer und mühsamer Prozess. Dennoch ist der Magnetismus auf andere Staaten ungebrochen, an dieser Erfolgsgeschichte als Mitglied zu partizipieren.

13 Anwärter sind es derzeit, weitere Kandidaten aus Südosteuropa, Osteuropa und den verbliebenen EFTA-Staaten werden folgen. Für zehn Kandidaten ist der Erweiterungsprozess bereits in seine finale Etappe eingetreten. Trotz der noch zu überwindenden Schwierigkeiten ist für diese Gruppe der Abschluss der Verhandlungen in greifbare Nähe gerückt. Ihre Aufnahme bis zu den nächsten Europawahlen 2004 ist realistisch.

Die Erweiterung bietet zahlreiche Chancen für die Europäische Union. Ihre Öffnung nach Osten ermöglicht die volle Ausschöpfung sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Synergien. Ihr Gewicht im Welthandel und in internationalen Organisationen wird zunehmen. Und historisch gesehen wird eine nachhaltige Überwindung der immer wieder neu zusammengewürfelten, allianz- und systembedingten Aufteilung Europas erst unter dem gemeinsamen Dach der Integration möglich. Mit der Erweiterung verknüpfen jedoch vor allem die Bürger nicht nur die positive Aussicht einer Ausweitung der europäischen Stabilitätszone, sondern auch Skepsis hinsichtlich der Frage ihrer Finanzierung. Eine Neubestimmung europäischer Solidarität als dritter Pfeiler einer Zukunftsunion ist daher unumgänglich. Nach den heutigen Regeln werden vor allem die Agrar- und Strukturpolitik einer EU mit 25 und mehr Mitgliedstaaten weder gestaltbar noch finanzierbar sein. Ein Festhalten am Status quo würde zudem die Freisetzung nötiger Mittel für die Finanzierung neuer Aufgaben auf europäischer Ebene verhindern. Im Interesse der gegenwärtigen und künftigen Mitgliedstaaten muss der Grundstein künftiger Reformen der EU-Finanzverfassung daher bereits vor einer nächsten Erweiterung gelegt werden.

In der **Agrarpolitik** geht es um die Abkehr von produktionsbezogenen Subventionen und die Entwicklung in Richtung eines Agrarinnenmarktes. Direkte Einkommensbeihilfen an Landwirte sollten von der Produktion entkoppelt, mittelfristig gekürzt und langfristig abgeschafft werden. An die Stelle der bisherigen Einkommenssicherung sollten aufgabenspezifische Leistungen für die europäischen Landwirte zur Erfüllung ökologischer, regionalpolitischer oder soziokultureller Aufgaben treten. Das System der

Elemente für eine Reform der Finanzverfassung



„It is a conceptual question. Most Americans think they are at war, most Europeans do not think so.“ Shlomo Avineri überzeugte mit einer brillanten Analyse der transatlantischen Beziehungen und Lösungsmodellen für den Nahostkonflikt

Konzentration des Mitteleinsatzes

Einkommenssicherung sollte in seiner geltenden Fassung nicht auf die neuen Mitglieder übertragen werden. Vielmehr sollten Transferzahlungen sofort der ökologischen, sozialen und ökonomischen Modernisierung des ländlichen Raums der Beitrittsländer zugute kommen. Mögliche Übergangsregelungen sind abzustimmen, wenn es auf Dauer keine Differenzierung zwischen Neu- und Altmitgliedern geben soll. Fraglich ist zudem, ob sich eine erweiterte Europäische Union Exportsubventionen von Agrarprodukten aus Steuermitteln noch leisten kann. Der rasche Abbau der Subventionen würde vor allem auch die Position Europas im WTO-Rahmen erheblich erleichtern.

■ In der **Regional- und Strukturpolitik** muss sich das Transfersystem noch stärker auf die Überwindung spezifischer Entwicklungsdefizite ausrichten.

Eine Konzentration der Mittel auf die förderbedürftigsten Mitgliedstaaten einer erweiterten Union und damit auf die Staaten Mittel- und Osteuropas ist unausweichlich. Der nächste Kohäsionsbericht der Kommission sollte deshalb entsprechende Vorschläge der praktischen Umsetzung für die Finanzplanung nach 2006 unterbreiten. Die Übergangsmargen dürfen dabei nicht zu großzügig ausfallen, wenn die Fonds in einer erweiterten EU noch passgenau auf die Förderziele aufgeteilt werden sollen. Der Ausgleich asymmetrischer finanzieller Erträge aus dem gemeinsamen Markt könnte hingegen wirksamer und transparenter im Rahmen eines Systems des Finanzausgleichs erfolgen.

Die europäische Ausgabenpolitik wird sich generell konsequenter als bisher an den Kriterien der Zielerreichung und der Konzentration des Mitteleinsatzes ausrichten müssen. Dem sollte andererseits eine ungeteilte Solidarität der EU-Mitglieder auf der Beitragsseite gegenüberstehen. Nationale Rabatte, die aus den Entscheidungsblockaden und Paketlösungen der Vergangenheit resultieren, sind ebenso wenig zukunftsfähig wie die übliche Praxis, die Größenordnung von Transfers national statt bedarfsbezogen festlegen zu wollen. Das Aufbrechen alter Besitzstände bedeutet letztlich einen Zugewinn an Stabilität, Finanzierungssicherheit und Wachstumschancen. Reformen im Bereich der EU-Politiken sind in diesem Sinn ein zentrales Element der notwendigen Verständigung über die künftige Wirtschafts- und Finanzverfassung der Europäischen Union.

Nachdem die Details einer nächsten Erweiterungsrunde am Ende dieses Jahres feststehen werden, bedarf es der Verständigung auf eine in sich konsistente Post-Erweiterungs-Erweiterungsstrategie. Bereits die Erweiterung um bis zu zehn neue Mitgliedstaaten birgt die Gefahr, eine heterogenere, weil größere EU mit neuen politischen Problemen zu überlas-

Vertrat das Aachener Institut für Politische Wissenschaft – Helmut König



ten. Nachfolgende Erweiterungsschritte könnten in der Folge in eine unabsehbare Zukunft verschoben werden. Aufgrund einer ungewissen, weil fernen Beitrittsperspektive würde die EU ihre Orientierungskraft als Anker demokratischer Stabilität und ökonomischer Reformen in den noch nicht beigetretenen Ländern verlieren. Die EU sollte daher diese Staaten stärker als bisher in gemeinsame Schlüsselpolitiken wie den Ausbau transnationaler Netze einbeziehen und ihnen einen Zeithorizont für die Mitgliedschaft in Aussicht stellen – ohne dabei die bereits definierten Kriterien eines Beitritts in Frage zu stellen. Die finanziellen und institutionellen Folgen der nächsten Erweiterungsrunden sollten bereits heute strategisch erfasst und konzeptionell bei der Reform 2004 berücksichtigt werden.

Politische Gemeinschaft

Durch Vertiefung wie Erweiterung steht die Europäische Union unter ständigem Reformdruck. Integration vollzieht sich als ein Prozess der schrittweisen Anpassung an neue Ziele, Aufgaben und Mitglieder. Seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) kennzeichnet jeden Reformschritt das oftmals schwierige Aushandeln von Kompromissen unter den Mitgliedstaaten. Das Ergebnis dieser Aushandlungslogik ist ein Mehrebenensystem, in dem sich verschiedene Handlungsebenen in einem komplizierten Miteinander ergänzen. So sind unübersichtliche Verflechtungssachverhalte und Mischzuständigkeiten entstanden. Als Ergebnis dieser Entwicklung beruht die EU heute auf mehreren Verträgen mit hunderten von Artikeln sowie den dazugehörigen Protokollen und Erklärungen. Auch innerhalb der einzelnen Aufgabenbereiche wurden die entsprechenden Regelungen vielfach weiter ausdifferenziert und an unterschiedlichen Stellen behandelt, sodass nicht leicht nachzuvollziehen ist, über welche Zuständigkeiten die EU und die Mitgliedstaaten heute eigentlich verfügen.

Die Kombination aus vertraglichen Zielbestimmungen und aufgabenbezogenen

Einzelermächtigungen war zunächst eine wesentliche Voraussetzung für die dynamische Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses. Inzwischen zeigen sich jedoch die damit verbundenen Probleme in aller Deutlichkeit. Ihre Verteilung folgt keiner erkennbaren Systematik und es besteht sowohl Unklarheit über die Reichweite, die Instrumente und Verfahren als auch über die Rechtswirkung der europäischen Gesetzgebung. Nicht zuletzt aus diesem Grund wächst das Unbehagen der Bürger wie der Mitgliedstaaten und ihrer Regionen gegenüber Zentralismus, Handlungsschwäche und Ineffizienz der EU. Um dieser Fehlentwicklung zu begegnen, muss das europäische politische System nicht neu erfunden werden. Vielmehr geht es darum, das ihm zugrunde liegende Ordnungskonzept sichtbar zu machen und verständlich zu gestalten. In den vielen Einzelschritten

Dynamik des Einigungsprozesses



der Integrationsentwicklung der letzten Jahrzehnte steckt eine Vernunft europäischer Politikgestaltung, die als die Summe politischer Übereinstimmung der Europäer Ausdruck finden muss, wenn sie Zustimmung erzeugen soll.

Als Ansatz für eine nachvollziehbare und politisch durchsetzbare Arbeitsteilung bietet sich eine Kategorisierung der Zuständigkeiten an, die die jeweilige Intention und Reichweite europäischer Eingriffsbefugnisse in den Blick nimmt. Sie ordnet die einzelnen Politikfelder nicht nach dem bisherigen Prinzip der Einzelermächtigung, sondern anhand klar definierter Aufgabenkategorien. Als Kategorien bieten sich konstitutionelle Bereiche, ausschließliche Zuständigkeiten der europäischen Ebene, gemeinsam ausgeübte Politiken, ergänzende und unterstützende Maßnahmen der EU sowie rein koordinierende Aufgaben an:

Kategorisierung der Zuständigkeiten

■ Konstitutionelle Bereiche: Hierunter fallen alle Bestimmungen, die die Aufgabenverteilung, die Souveränitätsrechte der Mitgliedstaaten oder den Beitritt von Mitgliedern regeln. Vertragsänderungen auf diesen Gebieten bedeuten einen substanziellen Eingriff in die Grundlagen des Einigungsprozesses.

■ Ausschließliche Politiken: Dies sind die Politikbereiche, die zur Verwirklichung der Zollunion, im Rahmen der Währungsunion sowie zur Gewährleistung des Binnenmarktes vollständig auf die europäische Ebene übertragen worden sind.

■ Gemeinsame Politiken: Hier handelt es sich um jene Aufgabenfelder, die zur Umsetzung der elementaren Vertragsziele – wie der Vollendung des Binnenmarktes und den vier Marktfreiheiten, einer nachhaltigen Umweltpolitik, des Diskriminierungsverbots oder des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts – auf Grund eines grenzüberschreitenden Bezuges gemeinsam ausgeübt werden.

■ Ergänzende Politiken: Die EU wird in Bereichen wie Sozialpolitik, Bildung, Kultur, Gesundheit, Verbraucherschutz, Industrie oder Forschung und Entwicklung unterstützend, fördernd und ergänzend tätig, und zwar insoweit, wie eine EU-weite Regelung einen Mehrwert für die Mitgliedstaaten ergibt.

■ Koordinierte Bereiche: Dies sind explizit keine Gemeinschaftskompetenzen. Die Europäische Union und ihre Organe können unterstützend beteiligt werden, stehen aber letztlich nicht in der politischen Verantwortung. Derzeit steht die Beschäftigungspolitik im Vordergrund der Koordinierung. In diese Kategorie fallen auch Bereiche wie der Katastrophenschutz oder der Fremdenverkehr.

Eng mit der Geschichte des Karlspreises und mit Aachen verbunden: Jost Pfeiffer, Sohn des Karlspreisbegründers, umrahmt von seiner Tochter und ihrem Mann, Irene und Gerd Schulte-Hillen

Eine Neuordnung nach diesem Ansatz schafft erheblich mehr Transparenz, ohne dass dafür eine substanzielle Umverteilung der heutigen Kompetenzbestände notwendig wäre. Die Weiterentwicklung des Gefüges bleibt auf dieser Grundlage möglich – sei es durch die Überführung spezifischer Aufgaben von einer in eine andere Kategorie, sei es durch die Zuordnung bestimmter Entscheidungsverfahren zu den einzelnen Kategorien.

Eine systematische Neuordnung der Zuständigkeiten würde bereits zu einem erheblichen Transparenzgewinn führen. Es bleibt jedoch das Problem, dass die einzelnen Politiken auch innerhalb dieser Kategorien bzw. in sich selbst nicht unbedingt vergleichbar sind. Das liegt vor allem daran, dass dort unterschiedliche Akteure nach verschiedenen Verfahren mit wechselnden Instrumenten tätig werden. Eine neue Systematik greift also zu kurz, wenn sie nicht mit einer Klarstellung und Optimierung der Arbeitsteilung und Gewaltenteilung zwischen den Gemeinschaftsorganen verbunden wird. In der Konsequenz einer transparenten Kompetenzsystematik liegt also auch eine Vereinfachung und Verbesserung der Entscheidungsverfahren und Rechtssetzungsinstrumente.

In der Regel sollte das Mitentscheidungsverfahren angewandt werden, da es am besten das Zusammenspiel von Kommission, Parlament und Rat im Gleichgewicht hält. Die demokratische Legitimation und Personalisierung europäischer Gesetzgebung sollte dadurch verbessert werden, dass der Kommissionspräsident aus den Europawahlen hervorgeht, indem er von einer Mehrheit der von den Bürgern direkt eingesetzten Europaparlamentarier gewählt wird. Dies wäre ein wichtiger Schritt, um das Eigeninteresse europapolitischer Entscheidungsträger zu erhöhen, sich über die Medien an die nationalen Öffentlichkeiten zu wenden.

Arbeits- und Gewaltenteilung zwischen den Gemeinschaftsorganen

Elmar Brok sprach sich für mehr Effizienz und Transparenz im europäischen Gesetzgebungsprozess aus





„Als wir unser Ziel aus den Augen verloren hatten, verdoppelten wir unsere Anstrengungen“ – frei nach Marc Twain optierte Klaus Gretschmann für die Suche nach gemeinsamen Zielperspektiven für die Integration

Zweiteilung des Vertragswerkes

■ In einem **Europäischen Grundvertrag** sollten die maßgeblichen Unionsziele, die Grundrechte und -werte, die Kompetenzordnung, das Institutionengefüge, die Entscheidungsprozesse sowie die Finanzordnung zusammengefasst werden. Die in Nizza verabschiedete Grundrechtscharta sollte Teil des Grundvertrages werden. Eine Änderung der Bestimmungen des Grundvertrages muss konstitutionellen Anforderungen genügen und einen Ratifikationsprozess in allen Mitgliedstaaten durchlaufen.

■ Die Vielzahl an Ausführungsbestimmungen sowie organisationsrechtliche Artikel sollten in einem **gesonderten Vertragsdokument** zusammengefasst werden. Für diesen Bereich könnte ein vereinfachtes Änderungsverfahren im Wege von Mehrheitsentscheidungen, unter parlamentarischer Beteiligung und Kontrolle, eingeführt werden. Voraussetzung dafür ist wiederum, dass über den Weg der Kategorisierung eine klare Kompetenzordnung geschaffen wird.

Ein solcher Grundvertrag erleichtert es den Bürgern Europas, die politische Ordnung der EU zu verstehen und sich mit Europa zu identifizieren. Die europäische Gesetzgebung wäre auf der Basis der Ausführungsbestimmungen rascher in der Lage, auf veränderte Anforderungen zu reagieren. Wenn die Ziele, die Zuordnung und die Prinzipien der Zuständigkeit im ersten Teil präzise genug geregelt sind, ist mit einer Zweiteilung der Verträge auch nicht die Gefahr einer schleichenden Zentralisierung verbunden. Die Regierungen der Mitgliedstaaten und die nationalen Parlamente behalten ihre entscheidende Rolle in der Fortentwicklung dieser Verfassungsgemeinschaft.

Auch im Rat sollten Veränderungen erfolgen. Vor allem das Nebeneinander der Fachministerräte hat eine extensive Nutzung vertraglicher Handlungsbefugnisse und die Verabschiedung sich widersprechender Entscheidungen begünstigt. Die Begrenzung der Anzahl der Ressortministerrunden sowie ihre Unterordnung unter den Allgemeinen Rat als der wesentlichen Koordinations- und Gesetzgebungsinstanz würde die Abstimmung und Kohärenz europäischer Gesetzgebungsaktivitäten deutlich verbessern. Die Zusammensetzung des Allgemeinen Rates und eines Rats der Außenminister könnte dazu entkoppelt werden. Für den Erfolg solcher Reformen wäre es günstig, wenn sie auf Seiten der Mitgliedstaaten durch eine effektive innere Koordination der Europapolitik ergänzt würden – unabhängig davon, ob dafür das Amt eines Europaministers vorgesehen wird oder andere Wege gefunden werden. Im Falle von Zuständigkeitskonflikten zwischen den Mitgliedstaaten und der EU sollte auch künftig der Europäische Gerichtshof verantwortlich sein. Die Schaffung neuer Institutionen bietet hier keinen erkennbaren Zugewinn für die Effizienz und Legitimität der Streitschlichtung.

Ein verständliches Kompetenz- und Entscheidungsgefüge zählt zu den Merkmalen einer transparenten politischen Ordnung. Es steht jedoch nicht allein, sondern sollte Teil einer im Ganzen lesbaren Verfassung der EU sein. Die Neuordnung der Kompetenzen setzt die Vereinfachung der Verträge im Sinne eines kohärenten, systematisch gegliederten Vertragswerkes voraus; wie auch umgekehrt die Vereinfachung der Verträge ohne eine Präzisierung der bestehenden Kompetenzordnung kaum denkbar ist. Als Anker dieses Prozesses bietet sich eine Zweiteilung an:



Otto Graf Lambsdorff bezweifelte, dass der deutsche Föderalismus Vorbild für Europa sein könne



„Wir dürfen nicht vergessen, dass die Veränderung hin zu mehr internationaler Verantwortung vor dem Hintergrund unserer Geschichte ein sehr schwieriger Prozess ist“ – Rita Süssmuth

Europa als Erfolgsgemeinschaft

gedacht und weiterentwickelt. Damit wurde viel erreicht: Militärische Konflikte zwischen den Mitgliedstaaten sind undenkbar geworden und die Teilung des Kontinents wurde überwunden. Das sich vereinigende Europa zeigt immer deutlicher die Bereitschaft, sowohl in der eigenen Nachbarschaft als auch in anderen Teilen der Welt eine verantwortungsvolle Rolle bei der Friedensstiftung und Stabilitätswahrung zu übernehmen. Wirtschaftlich ist die Gemeinschaft den weiten Weg von der auf zwei Industriesektoren beschränkten EGKS über den Binnenmarkt bis zur Währungsunion gegangen. Die Grenzkontrollen zwischen den Staaten sind nicht nur für Waren, sondern auch für die Bürger weggefallen, und in der Grundrechtscharta findet der gemeinsame Wertekanon seine konstitutionelle Basis. Die europäische Integration gilt als Erfolgsmodell für andere Weltregionen.

Das Projekt Europa hat also in vielen Facetten gezeigt, dass Visionen Wirklichkeit werden können. Diese Erfolge bilden das Fundament, auf dem das gemeinsame Haus Europa als Leistungszentrum weiterzudenken ist. Doch die Geschichte der europäischen Integration hat auch belegt, dass die genannten Erfolge rasch konsumiert und als Alltagserfahrung hingegenommen werden. Das gilt gleichermaßen für die Friedensleistung, den Binnenmarkt und den Wegfall der Grenzen. Diese Erfahrung dürfte sich mit dem Euro wiederholen. Er wird ein wichtiges Stück gemeinsamer Identität prägen – eine Identität, die jedoch wie selbstverständlich präsent sein wird.

Die europäische Integration wird auch in Zukunft unter einem ständigen Begründungsdruck stehen. Dies gilt vor allem auch für die junge Generation, für die die zahlreichen Kriege, die in Europa gewütet haben, nur mehr als Kapitel in den Geschichtsbüchern präsent sind. Dies gilt selbst für das Ende des Ost-West-Konfliktes. Europa als Schicksalsgemeinschaft zu definieren, wird daher zu wenig sein, um den Europagedanken neu zu begründen. Vielmehr muss die Europäische Union in den Köpfen und Herzen ihrer Bürger als Erfolgsgemeinschaft etabliert werden, die zwar auf den Errungenschaften der Schicksalsgemeinschaft aufbaut, jedoch einen entscheidenden Beitrag zur Zukunftssicherung leisten kann. Um diese Ziele zu erreichen, müssen heute die institutionellen und vertraglichen Strukturen geschaffen, effektive Entscheidungsverfahren eingeführt und die entsprechenden Souveränitätsrechte gebündelt werden. Eine derart lebendige und leistungsfähige Gestaltungsmacht sollte auf den derzeitigen Integrationsprojekten aufbauen und die folgenden zentralen Komponenten aufweisen:

■ Eine vitale Erfolgsgemeinschaft muss die **Partizipation ihrer Bürger verbessern**, wenn Europa nicht weiter als ferne, abgehobene und eigenmächtige Institution wahrgenommen werden soll.

Von der Schicksals- zur Erfolgsgemeinschaft

Zentrale Komponenten der Erfolgsgemeinschaft



■ Eine vitale Erfolgsgemeinschaft muss in der Lage sein, **die gemeinsamen Interessen zu artikulieren und durchzusetzen**, sei dies in Fragen regionaler und globaler Sicherheit, des Handels, der Umwelt oder des Schutzes unserer Grundwerte.

■ Eine vitale Erfolgsgemeinschaft muss **Verantwortung in der Welt übernehmen**, ob bei der Bekämpfung des Terrors, des Hungers, der Verfolgung von Minderheiten, oder im Rahmen weltweiter Einsätze der Friedensschaffung und Friedensbewahrung.

■ Eine vitale Erfolgsgemeinschaft muss eine **Politik der Nachhaltigkeit betreiben**, um auch für kommende Generationen die Umwelt zu bewahren, die Ressourcen zu schonen, wirtschaftliches Wachstum zu sichern und die Grundlagen für ein stabiles Sicherheitssystem zu schaffen.

So ambitioniert diese Agenda zunächst auch erscheinen mag, so wirkt sie bei näherer Prüfung doch eigentlich nur wie die Verlängerung der Integrationslogik der 1950er Jahre. Das, was damals für sechs Länder entworfen war, muss jetzt für den Zusammenschluss von 30 und mehr Staaten tragfähig werden. Diese aufregende und riskante Ausgangslage ist die Stunde der Strategen. Eine neue Verständigung über Sinn und Zweck der Europapolitik ist zu erarbeiten, die auch den Bürger wieder in den Blick nimmt. Offenbar spürt die Politik, dass es dringlich ist, dem Kontinent für eine neue Epoche eine politische Form zu geben. Es geht um einen Rahmen, der langfristig gültig bleiben kann, bevor die Vielfalt der großen Europäischen Union übermächtig wird. Hier nationale Vorbehalte, dort regionale Besitzstände, hier populäre Kritik an Brüsseler Bürokratie, dort Zweifel an der Sinnhaftigkeit der alten Zuständigkeiten – von vielen Seiten wird der Meißel an das supranationale Gehäuse Europas angesetzt. So ist auch die plötzliche Lust an der Finalität psychologisch erklärbar: Es gilt abzusichern und zu stabilisieren, bevor die poröse Fassade zu bröckeln beginnt. Das ist die zentrale Aufgabe des Konvents und der nachfolgenden Regierungskonferenz – weitblickend und kraftvoll die Zukunft Europas zu gestalten.

Erinnerte daran, dass vor der **Institutionalisierung gemeinsamer Sicherheitspolitik die Einigung über einen gemeinsamen Begriff der Bedrohung stehen müsse** – Curt Gasteyger

Die Zukunft Europas sichern

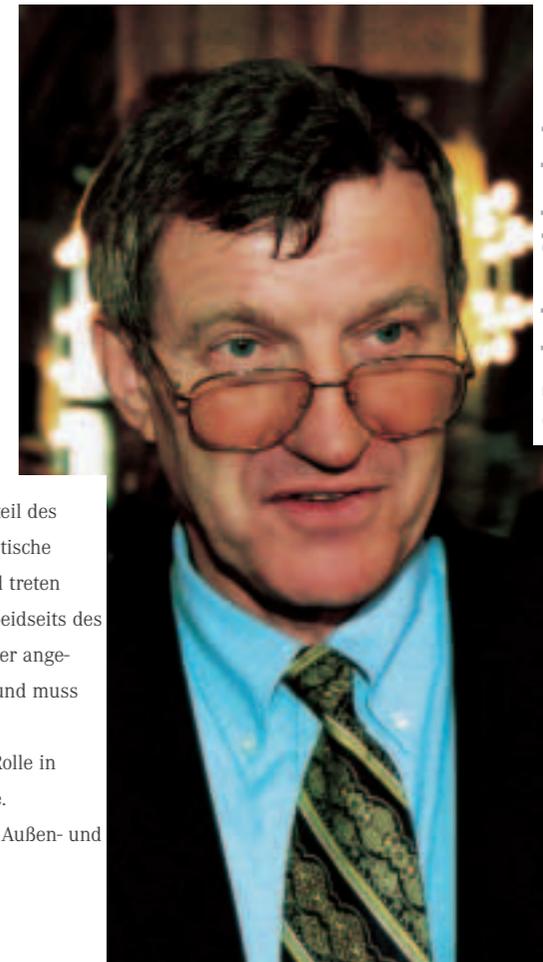
Bericht zum Karlspreis-Europa-Forum in Aachen
„Die Zukunft Europas sichern“ im Krönungssaal
des Aachener Rathauses, 7. - 8. Mai 2002

Werner Weidenfeld machte in seiner Anmoderation deutlich, dass die internationale Politik sich in einem besonders sensiblen Moment befinde. Die traditionellen Grundmuster im Verhalten zwischen den Staaten lösten sich auf und allmählich bildeten sich neue Formationen. Dies geschehe zwar nicht über Nacht, aber doch in einem mittelfristigen Prozess, der sich spürbar auf die europäische Integration auswirke. Vor diesem Hintergrund werde deutlich, dass Europa einmal mehr vor großen Entscheidungen zur Architektur seiner Zukunft stehe. Weidenfeld nannte die drei zentralen Fragen, auf die der Integrationsprozess jetzt Antwort finden müsse: Erstens lasse die erreichte Dichte der Integration die Frage nach der Finalität Europas unausweichlich werden, zweitens werfe die mit der Erweiterung der Europäischen Union verbundene Entgrenzung des bisherigen Raumbildes die Frage nach der Identität Europas auf und drittens werde die Frage der effektiven Handlungsfähigkeit Europas durch die neue Dimension der Herausforderungen weltpolitischer und sicherheitspolitischer Art immer dringlicher. Der große Problemdruck, der auf der Europapolitik lastete, und die hohen Leistungserwartungen, die gleichzeitig an Europa gestellt würden, machten einen strategischen Gedankenaustausch notwendig. Den Raum hierfür biete das Karlspreis-Europa-Forum in optimaler Weise.



I. Bedrohte Sicherheit – Europas neue Rolle in der Welt

Vordenker in Sachen Sicherheit – Walther Stützle



I. Bedrohte Sicherheit

8. Mai 2002, 9:00 Uhr – 10:30 Uhr

Impulsreferate: Dr. Walther Stützle, Dr. Klaus Kinkel, David C. Gompert

Frieden und Freiheit in Europa zu sichern, ist seit 50 Jahren elementarer Bestandteil des europäischen Integrationsgedankens. Divergierende macht- und sicherheitspolitische Interessen und unterschiedliche Kapazitäten bestehen jedoch fort. Erschwerend treten unterschiedliche Wahrnehmungen von Bedrohung und notwendiger Reaktion beidseits des atlantischen Ozeans hinzu. Welchen Herausforderungen haben sich die Europäer angesichts der neuen Sicherheitslage zu stellen und welchen Anforderungen kann und muss eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik Genüge leisten? Dies waren die Leitfragen für die Diskussionsrunde „Bedrohte Sicherheit – Europas neue Rolle in der Welt“, mit der das erste Karlspreis-Europa-Forum in Aachen eröffnet wurde. Impulsreferate dreier international renommierter Experten auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik strukturierten die Debatte.

1. Nur die gemeinsame Stimme wird gehört

Am Beginn seiner Ausführungen traf *Walther Stützle*, Staatssekretär des Bundesministeriums der Verteidigung, die Feststellung, dass Europa bereits auf enorme Fortschritte zurückblicken könne. *Wir verdanken der europäischen Integration die längste Friedensperiode in unserer Geschichte* – diese Aussage aus der Begründung der diesjährigen Karlspreisverleihung formuliere prägnant eine der großartigsten europäischen Leistungen. Leider werde dieser wichtige Satz heute nahezu spurlos konsumiert, bedauerte *Stützle*. Gewiss sei Europa nicht so gut, wie es sein müsse, doch es sei dabei, sich zu erneuern und seine Rolle in einer schwieriger gewordenen Weltordnung zu bestimmen. „Europa hat erkannt, dass es stark genug ist, sein Potenzial in die Waagschale der weltweiten Friedenssicherung zu werfen, auch wenn es noch unnötigerweise und viel zu oft zögert, dies auch beherzt zu tun“.

Fest stehe, dass die europäische Stimme in der Welt nur gemeinsam Gehör finde, sonst werde sie überhört, unterstrich *Stütze*. Neben dem wichtigsten sicherheitspolitischen Projekt Europas, der Reform Russlands, seien die internationale Abrüstung und Rüstungskontrolle, die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und der internationale Terrorismus zentrale Herausforderungen, denen Europa sich nur gemeinsam stellen könne. Dies gelte ebenso für das wichtige Thema der Umwandlung der atlantischen Allianz in eine echte europäisch-amerikanische Partnerschaft. Dieses Thema sei für Europa von unmittelbarer strategischer Bedeutung, da Amerika und Europa nicht nur eine Wertegemeinschaft, sondern auch eine Wohlstandsgemeinschaft bildeten. Es sei jedoch nicht Aufgabe der Vereinigten Staaten von Amerika, die Europäische Union zu einem handlungsfähigen Partner zu entwickeln. Ausschließlich die Europäer könnten gemeinsam für das Heranreifen einer partnerschaftlich verfassten Sicherheitsgemeinschaft sorgen: „Niemand darf sich wundern, dass die Leistungen europäischer Staaten nicht wahrgenommen werden, wenn sie in nationaler Einzelverpackung statt in europäischer Gemeinschaftsleistung dargeboten werden. Wer in Europa anfällig ist für das Lockmittel von Koalitionsbildungen, zum Beispiel im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, der darf nicht überrascht sein, dass eine kraftvolle Weltmacht wie die Vereinigten Staaten von Amerika sich dieses Lockmittels bedient. Es ist an Europa, diesen Zustand zu beenden und zu verändern.“

Der Raum der Freiheit, des Rechts und der sozialen Gerechtigkeit, als der die Europäische Union verstanden werden wolle, müsse auch zu einem Raum der inneren und äußeren Sicherheit werden. Ohne Zweifel sei Europa auf dem Weg, sich ein politisch und institutionell unterfüttertes wirksames Instrumentarium in der Außen- und Sicherheitspolitik zuzulegen. Doch die Schaffung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik müsse beschleunigt und mit ehrgeizigen Projekten vorangetrieben werden. An erster Stelle müsse hier eine bessere europäische Ressourcennutzung stehen, erklärte *Stütze*. Beispielhaft hierfür seien sowohl die Nutzung deutscher Lufttransportfähigkeiten durch die Niederlande als auch das Projekt einer europäischen Satellitenfähigkeit. Letztlich führe kein Weg daran vorbei, eine gemeinsame europäische Verteidigungsfähigkeit herzustellen, wenn man den Fortbestand der Union sichern wolle, und – so unterstrich *Stütze* – „diese Union wird über europäische Streitkräfte verfügen oder sie wird kein handlungsfähiger Akteur sein.“

„In der eindrucksvollen Begründung für den diesjährigen Preisträger des internationalen Karlspreises findet sich der gleichermaßen wichtige wie schöne Satz: Wir verdanken der europäischen Integration die längste Friedensperiode in unserer Geschichte. Dieser Satz wird heute formuliert, gedruckt, verteilt und nahezu spurlos konsumiert. Wer zu der Generation gehört, die sich noch an ganz andere Zeiten erinnern kann, an Zeiten, da die Beseitigung von noch rauchenden Trümmern und die Gefahr heraufziehender oder schon ausgebrochener Konflikte in Europa zur Tageswirklichkeit gehörten, wird sich über diesen Satz nicht nur freuen, sondern in ihm auch kurz und prägnant eine der großartigsten europäischen Leistungen formuliert finden.“

Gewiss, Europa ist nicht so gut, wie es sein müsste, (...) Europa ist jedoch weit besser, als die Skeptiker am Wegesrand behaupten. (...) Und der diesjährige Preisträger des internationalen Karlspreises ist ein hervorragender Zeuge dafür, dass Europa viel besser ist, als die Skeptiker behaupten. Europa ist dabei, sich zu erneuern und seine Rolle in einer schwieriger gewordenen Weltordnung oder auch Weltunordnung präziser (...) zu bestimmen.“

Walther Stütze



2. Ein neues europäisches Verantwortungsgefühl

Der ehemalige Bundesaußenminister *Klaus Kinkel* leitete seine Überlegungen mit einer Feststellung ein, die bewusst provozieren sollte: Europa sei während des Kalten Krieges Hauptbrennpunkt, Hauptrisikogebiet und zumindest zum Teil auch Hauptakteur der Weltpolitik gewesen. Dies habe sich nach dem Fall der Berliner Mauer grundlegend geändert. Europa sei nur noch mit der Neugestaltung des eigenen Kontinents beschäftigt. Das sei ohne Zweifel wichtig, ja sogar notwendig gewesen. „Aber wir haben uns dabei nach Jahrzehnten der sicherheitspolitischen Bedrohung außen- und sicherheitspolitisch verhalten, als seien wir urplötzlich in eine Art Sicherheitskokon eingebettet“, so *Kinkel*. Wie falsch diese Einschätzung war, haben die Kriege auf dem Balkan bewiesen. Doch selbst als die Europäer erst mit massiver Unterstützung der Amerikaner die Probleme auf dem Balkan in den Griff bekamen, wurden keine ernsthaften sicherheitspolitischen Konsequenzen gezogen.

Erst mit dem 11. September 2001 sei plötzlich deutlich geworden, dass die Welt mit dem Ende des Ost-West-Konflikts nicht sicherer, sondern im Gegenteil bedrohlicher geworden war. „Die Bedrohungen sind anders geworden, paradoxerweise gleichzeitig konkreter und unmittelbarer, jedoch weniger fassbar“ unterstrich *Kinkel*. Bei allen Vorbehalten gegen das Vorgehen der Vereinigten Staaten von Amerika sei anzuerkennen, dass sie einen Weg gefunden haben, auf diese Bedrohung zu reagieren, während die Europäer zu keiner gemeinsamen Position fanden. Europäische Staatsmänner bekundeten ihre Solidarität und boten bilateral ihre Dienste an, die aufs Ganze gesehen jedoch nur unzureichend sein konnten und von den USA in entsprechend geringem Maße nachgefragt wurden. Offenkundig sei hierdurch allein die Kluft zwischen dem außenpolitischen Willen der europäischen Staaten und ihren tatsächlichen Fähigkeiten geworden.

Europa als Ganzes sei auch nach dem 11. September 2001 in sicherheitspolitischen Fragen still geblieben, so *Kinkel*. Dabei müsse Europa seine Verantwortung wahrnehmen und eine neue Rolle einüben, denn die neuen Bedrohungen betreffen Europa genauso wie die USA und seien vielfältig: internationaler Terrorismus, Kriminalität, Proliferation von Massenvernichtungswaffen, Eskalationspotenzial von Regionalkonflikten, Ströme von Flüchtlingen, Bedrohung von Handelswegen, Streit um knapper werdende Ressourcen und weltweite Umweltzerstörung. Wollte man weiterhin die enge und zuweilen auch kritische Partnerschaft über den Atlantik hinweg pflegen, so könne man die Lasten der Weltverantwortung nicht auf Dauer auf die Vereinigten Staaten abschieben. Leider fehle es den Europäern bisher an Verantwortungsgefühl, ja sogar an der Fähigkeit, die Dringlichkeit dafür wahrzunehmen, dass Europa seiner internationalen Verantwortung jetzt gerecht werden müsse.

Dieser Verantwortung könne Europa jedoch nicht gerecht werden, wenn es sich überschätze. Tatsächlich könne Europa mit der wirtschaftlichen, politischen und vor allem militärisch weit davongezogenen, einzig verbliebenen Weltmacht USA nicht gleichziehen. Diese Kluft bestehe, sie dürfe jedoch nicht dadurch vergrößert werden, dass die Europäer sich wieder in einen Kokon zurückziehen. Die Ausgaben für Sicherheitspolitik müssen steigen und eine militärische Umrüstung müsse stattfinden. „Wir brauchen Flug-, Fernmelde- und andere Kapazitäten für neue

Aufgaben im Peace keeping sowie im Peace making. Und wir müssen aufpassen, dass die NATO nicht in Irrelevanz verschwindet, denn sie ist und bleibt die wichtigste Verbindung über den Atlantik, der Garant für Sicherheit und Stabilität in Europa, nicht zuletzt das weltweit einzige operative, verlässliche Militärbündnis“, so *Kinkel*. Zudem müsse die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik gestärkt werden. Ein mögliches Modell biete das zur Konferenz vorgelegte Diskussionspapier der Bertelsmann Stiftung und des Centrums für angewandte Politikforschung. Ebenso sollte aber auch über unkonventionelle Wege für die Definition einer neuen europäischen Rolle in der Weltpolitik und einer neuen europäisch-amerikanischen Partnerschaft nachgedacht werden. „Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel, den Amerikanern künftig stärker, wenn nicht gänzlich die Verantwortung für die Sicherheit und Stabilität auf unserem eigenen Kontinent wirklich abzunehmen, damit sie ihre militärischen und politischen Kapazitäten stärker auf weltpolitische Aufgaben konzentrieren können“ unterstrich *Kinkel*. Ein weiterer Ansatz sei die nationale Spezialisierung auf abgestimmte militärische Fähigkeiten.



„Doch soll Europa überhaupt eine neue Rolle anstreben? Antwort - ja, denn die neuen Bedrohungen betreffen uns genauso wie die USA (...): Internationaler Terrorismus, Kriminalität, Proliferation von Massenvernichtungswaffen, Eskalationspotenzial von Regionalkonflikten, Ströme von Flüchtlingen, Bedrohung von Handelswegen, Streit um knapper werdende Ressourcen, weltweite Umweltzerstörung, weltweite Proteste (...).Wir sind als hochentwickelte und tief vernetzte Gesellschaft in Europa sehr verletztlich. Verantwortungsgefühl entwickeln, Verantwortungsbereitschaft zeigen und mehr Verantwortung übernehmen, das ist das, was wir Europäer der Welt schuldig sind aus unserem ureigenen Interesse heraus.“

Klaus Kinkel

3. Europas Entscheidung: Mitverantwortung für den weltweiten Frieden

David C. Gompert, Präsident des Think Tank RAND Europe, betonte, dass Europa sich an der Weggabelung zwischen zwei Entwicklungsoptionen befinde. Entweder, man entscheide sich bewusst für ein Europa, dessen strategisches Ziel es sei, den auf dem Kontinent herrschenden Frieden unwiderruflich zu festigen und für ein Europa, das bereit sei, Mitverantwortung für eine friedlichere Welt zu übernehmen, oder man gebe sich der Versuchung hin, die Früchte des Friedens zu genießen und allein Amerika die Rolle des Bösewichts zuzuschreiben, der seine Truppen in Kriege schicke. Tatsächlich habe Europa aber ebenso wie die Vereinigten Staaten weltweite Interessen, seine vitalen Bedürfnisse hingen von der Fortsetzung des Globalisierungsprozesses ab, und selbst mit seinen kleinen Verteidigungsetats sei Europa noch vor China die zweitgrößte Militärmacht der Welt. Europa könne also ein Machtfaktor für die internationale Sicherheit sein.

Wie nun stellt sich die derzeitige Sicherheitslage aus amerikanischer Sicht dar und welche Konsequenzen könnten sich daraus für die Europäer ergeben? Die Vereinigten Staaten haben, so *Gompert*, in vier Weltregionen vitale Sicherheitsinteressen: in Lateinamerika wegen seiner Nähe, in Ostasien wegen seiner wirtschaftlichen Relevanz, im Nahen und Mittleren Osten wegen der Erdölreserven und in Europa wegen der vielfältigen politischen, wirtschaftlichen und mannigfacher anderer Beziehungen. Lateinamerika habe große Fortschritte in der Demokratisierung gemacht und stelle abgesehen vom Drogenhandel keine Gefahr für die USA dar. Europa sei friedvoll, demokratisch und stabil, und die ethnischen Auseinandersetzungen im Südosten des Kontinents scheinen eingehengt. Im Gegensatz dazu stelle der Nahe und Mittlere Osten aus amerikanischer Sicht eine Gefahr dar. Die Gewalt aus dieser Weltregion habe am 11. September 2001 Manhattan getroffen und könne auf die gesamte Welt überspringen. In Ostasien schließlich zeige sich oberflächlich ein friedliches Bild, doch erwachse durch das Erstarken Chinas Instabilität. Von der koreanischen Halbinsel bis nach Taiwan, von Südostasien bis zum Persischen Golf übernehmen die USA Verantwortung und garantieren Sicherheit. Gleichzeitig werden die Risiken höher, da Massenvernichtungswaffen und andere gefährliche Technologien und Materialien Verbreitung finden. Gleichzeitig habe der internationale Terrorismus eine neue Qualität erlangt. Ergebnis sei, dass die Vereinigten Staaten ihre militärischen Fähigkeiten mit hohen Kosten umgestalten müssen, um mit der Entwicklung Schritt halten zu können. Schaut man von Amerika nach Europa, habe man den Eindruck, viele europäische Politiker nähmen keine Rücksicht auf die weltpolitischen Entwicklungen und glaubten, ihre Verantwortung liege allein darin, den Frieden und die Sicherheit in Europa zu wahren. *Gompert* unterstrich, eine Fortsetzung dieser Politik führe zu einem immer weiter wachsenden Ungleichgewicht zwischen Europa und den USA. Europa müsse seine Verantwortung für die globale Sicherheit annehmen. Dies könne zwar nicht für Ostasien gelten, da sich hier ein Spiel klassischer Machtbalance zwischen den USA und China entwickle. Die Situation im Nahen und Mittleren Osten hingegen gebiete eine enge Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA. In dieser Region sei eine Vielzahl von Konflikten und Risiken struktureller Art eng miteinander verflochten. Dies überfordere die USA als alleinigen Friedenswahrer und Vermittler. Ziel müsse eine strategische Partnerschaft zwischen den USA und Europa für diese Region sein, die eine Übernahme militärischer Verantwortung durch die Europäer nicht ausschließe.



„In fact, Europe and North America do not have to look too far to identify the next great challenge to revive their alliance and to transform their alliance into a strategic partnership. It is the Middle East. After all, our goals in the Middle East are the same. We want access to energy supplies; we want broad political reform, not just stability; we want Arab-Israeli peace, based on two democratic states; and we want the end of regimes that are inimical to regional peace, to Atlantic interests and to global security. Now a formula for this partnership, in which the United States present the iron fist and Europeans offer a kinder and gentler alternative, will not work. It will not work precisely because that kind of a formula turns agreement over basic ends into constant and counterproductive bickering over means.“

David C. Gompert



II. Unvollendete Einigung – Konsequenzen der Erweiterung

8. Mai 2002, 11:00 Uhr – 12:30 Uhr

Impulsreferate: Prof. Dr. Bronislaw

Geremek, Dr. Gunter Pleuger

Die Anziehungskraft des europäischen Integrationsprozesses hält seit Jahrzehnten ungebrochen an. Derzeit gibt es 13 Anwärter, und weitere Länder aus Südosteuropa, Osteuropa sowie den verbliebenen EFTA-Staaten werden folgen. Für zehn Kandidaten ist der Erweiterungsprozess bereits in seine abschließende Phase getreten. Trotz der noch zu überwindenden Schwierigkeiten ist für diese Gruppe der Abschluss der Verhandlungen in greifbare Nähe gerückt. Ihre Aufnahme bis zu den nächsten Europawahlen 2004 ist realistisch. Die Erweiterung bietet zahlreiche Chancen für die Europäische Union. Die Herausforderungen, die der anstehende große Erweiterungsschritt für die Europäische Union und die gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Realität der Beitrittsstaaten in Mittel- und Osteuropa mit sich bringt, waren Themen der Diskussionen im zweiten Panel des Karlspreis-Europa-Forums 2002.



Fanden am Rande der Tagung Gelegenheit zum Austausch: Helmut Werner und Gunter Pleuger

1. Die Erweiterung als Katalysator der Reform

Der ehemalige Außenminister der Republik Polen und Karlspreisträger des Jahres 1998, *Bronislaw Geremek*, unterstrich zu Beginn seines Vortrags, es sei falsch, die EU-Erweiterung allein als „Unglück“ wahrzunehmen, das der bestehenden Union Reformen aufnötige. Der zentrale Aspekt der Erweiterung sei die Überwindung der Grenzen. Endlich werde die Wiedervereinigung Europas Wirklichkeit. Gleichzeitig wirke die Erweiterung als Katalysator für seit langem notwendige Reformen. *Geremek* unterstrich, der Zustand der seit 1989 anhaltenden „Überraschung“ müsse endlich überwunden werden. Während die Antwort auf 1989 in Mittel- und Osteuropa ein eindeutiges „Ja“ zum Beitritt hervorrief, habe sich in der bestehenden Union eine Melancholie Platz verschafft, die Glauben mache, eine Union mit wenig Mitgliedern sei eine stärkere Gemeinschaft gewesen. Dabei seien die Herausforderungen alles andere als neu: Jeder bisherige Erweiterungsschritt habe dramatische Veränderungen mit sich gebracht, und die europäische Integration sei nie einfach nur ein kontinuierlicher und kumulativer Prozess gewesen. Ergebnis sei in jedem Falle immer eine Stärkung von Demokratie und Freiheit gewesen. Auch der anstehende Erweiterungsschritt habe dieses Ziel. „Jetzt haben wir die Chance, das Erbe des letzten Krieges endgültig abzustreifen und die Teilung Europas in Ost und West zu überwinden“, so *Geremek*.

Die Herausforderung für die Beitrittskandidaten sei andererseits nicht zu klein zu veranschlagen. Tatsächlich bringe die Erweiterung zwei unterschiedliche wirtschaftliche und kulturelle Sphären zusammen und alleine die Verwirklichung einer Solidaritätsgemeinschaft, wie sie das Diskussionspapier der Bertelsmann Stiftung und des Centrums für angewandte Politikforschung vorzeichne, könne diese Sphären letztlich zusammenführen. Die Modernisierung der Wirtschaft, hier vor allem von Landwirtschaft und Schwerindustrie, die Modernisierung des Staates und seiner Verwaltung und die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit seien Aufgaben, die die Staaten Mittel- und Osteuropas zu meistern haben. Beispiel für diesen Prozess sei die polnische Landwirtschaft. Der geringe Grad an Kollektivierung habe der polnischen Gesellschaft ein Maß an Selbstständigkeit gesichert, das es in vielen anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks nicht gegeben habe. Dieser Vorteil werde heute zu einem Hindernis. Doch obwohl sich die westeuropäische Presse bis heute darin gefiele, jedesmal ein Pferdegespann abzubilden, wenn sie über die polnische Landwirtschaft berichte, stimme dieses Bild schon lange nicht mehr. Auch die polnische Landwirtschaft stehe in einem umfassenden Modernisierungsprozess; dieser notwendige Prozess sei schmerzhaft und langwierig. Dessen müsse sich die Europäische Union bewusst sein. Wichtig sei, sich am Leitbild der Solidaritätsgemeinschaft zu orientieren. Die Agrarpolitik der Union müsse reformiert werden, doch könne dies nicht auf Kosten der Beitrittskandidaten geschehen. Dem Urteil *Geremeks* zufolge gefährde eine Sprache, die die Ungleichheit zur Philosophie erhebe, die Zustimmung der mittel- und osteuropäischen Gesellschaften zum Beitritt. Sicher gebe es auf Seiten der bestehenden Union Ängste. So etwa die Angst vor der Explosion der Union, vor dem Verlust des ererbten Integrationsstandes oder auch vor der Immigration. Die Frage der Immigration sei eines der Schlüsselprobleme für das Europa dieses neuen Jahrhunderts. Doch, so *Geremek*, „es hat nichts mit der Erweiterung der Union zu tun. Noch vor zehn Jahren sagte man, die Öffnung nach Osten würde eine neue Völkerwanderung provozieren. Es wurden damals Zahlen ins Spiel gebracht, die davon sprachen, dass bis zu 20 Millionen Osteuropäer in den Westen kommen würden. Dies ist nicht geschehen!“ Auch wenn dieses Problem also kein reales sei, wirke es in den Debatten um die Erweiterung als solches. Ähnlich verhielte es sich mit den Ängsten auf Seiten der Beitrittsländer. So werde hier befürchtet, man könne dem Wettbewerb nicht standhalten oder erleide



Bronislaw Geremek vertrat die Position eines selbstbewussten Beitrittskandidaten

Einbußen in der Souveränität. Diese Ängste seien falsch. Berechtigte Angst müssten die Beitrittskandidaten jedoch davor haben, dass eine Union mit unterschiedlichen Klassen geschaffen werde. Jetzt schon müsse die Frage geklärt werden, welches Verhältnis große und kleine Mitgliedsstaaten in einer größer werdenden Union haben.

Ebenso müsse man bereits jetzt gemeinsam über die Perspektiven der Zeit nach der Erweiterung nachdenken.

Hierzu gebe das Papier der Bertelsmann Stiftung und des C.A.P. gute Anhaltspunkte. Wie werden die Mittelmeerpolitik, die nordeuropäische Dimension und die Politik gegenüber den Ländern, die dann die östlichen Nachbarn sein werden, ausgestaltet? In jedem Falle sei die Erweiterung eine Chance und „auf diese Chance muss man mit Mut, Vorstellungskraft und der Politik der Öffnung antworten“, so Geremek.

« Ce n'est pas parce que l'Europe doit défendre son acquis d'intégration qu'elle se réforme. Au contraire, je voudrais déclarer sans hésiter que c'est cet élargissement qui donne la chance d'unification pour l'Europe tout entière, que c'est cet élargissement qui a aussi rappelé sur quoi a été formée l'Union Européenne, qu'elle a été formée pour rassurer la paix et la stabilité. Je pense aussi que l'élargissement est un immense facteur catalyseur de réformes en l'Union Européenne. Dans un certain sens, c'est nous qui avons poussé la réforme qui s'est préparé dans l'Union Européenne. Je voudrais dire que vous avez eu besoin de vous réformer avant que nous frappions à la porte, et c'est grâce à nous que maintenant vous procédez à ces réformes. (...) »

Pourquoi on ne voit pas dans l'élargissement actuel une simple étape technique? Je crois que chaque fois qu'il y avait des élargissements de l'Union Européenne, il y avait un changement dramatique. Quand le Royaume Uni entrerait dans l'Union Européenne, il y avait l'annulation d'un partage entre le continent et l'île. Général de Gaulle disait toujours qu'on ne peut pas attacher une île à un continent. Quand les pays du nord se sont présentés à l'Union Européenne, il y avait le débat sur la notion de neutralité en Europe actuelle. Et surtout, quand les pays du sud - la Grèce, le Portugal et l'Espagne - sont entrés, il y avait un succès dramatique de la démocratie et de la liberté, et le rappel que l'Europe ne peut pas être faite sur un autre principe que celui de la liberté et de la démocratie. (...) Maintenant, nous avons la chance d'abolir l'héritage de la dernière guerre définitivement, et aussi de dépasser ce partage de l'Europe en est et ouest. »

Bronislaw Geremek

2. Die Dynamik der unvollendeten Einigung

Gunter Pleuger, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland, begann seine Ausführungen mit der Feststellung, dass die Einigung Europas mit der Erweiterung nicht abgeschlossen sei. Die Europäische Union habe sich in den vergangenen 45 Jahren stets weiterentwickelt und diese zwar langsame, aber ständige Weiterentwicklung schenke der Union eine eigene Dynamik. Es gelte nun, diese Dynamik über die jetzige Erweiterung hinaus zu erhalten.

Zunächst müsse man sich jedoch mit den Herausforderungen der anstehenden Erweiterung beschäftigen, die das größte Reformwerk nötig mache, das die EU seit ihrem Bestehen angegangen habe. So sei schon seit langem allen Akteuren bewusst, dass die hergebrachten Instrumente und Prozeduren der EU nicht mehr funktionieren werden. Die Reform müsse unterschiedlichen Feldern gelten. Neben der Frage nach Verteilung der Kompetenzen in einer größer werdenden Gemeinschaft müsse insbesondere eine Neuordnung der Agrar- und Strukturpolitik angegangen werden, da das jetzige System nach der Erweiterung nicht mehr finanzierbar sei.

„Ein weiterer wichtiger Punkt, um die unvollendete Einigung voranzubringen, ist die Notwendigkeit, die Institutionen für ein effektiveres Handeln der EU vorzubereiten“, so Pleuger. Im Zentrum der Probleme werde die Architektur der Institutionen, die Architektur der Machtverteilung zwischen Europäischem Parlament, Rat und Kommission stehen. Entscheidend werde hierbei die Rolle des Rates sein, denn der Rat sei das Instrument, mit dem die Mitgliedstaaten die Europäische Union regieren. Strebe die Union auf eine Föderation im Sinne einer zentralen Regierung zu, dann müsse dieses Instrument der Mitgliedstaaten wegfallen. Dies bedeute eine Parlamentarisierung der Europäischen Union, indem die Legislative etwa in ein Zweikammernparlament und die Exekutive zur Kommission wandere, für den Rat bliebe dann jedoch kein Raum mehr. „Sie können sich vorstellen, dass es eine Reihe von Mitgliedstaaten gibt, für die diese Vorstellung nicht akzeptabel ist. Deswegen wird es wahrscheinlich eher auf das hinauslaufen, was Frankreich und Deutschland eine Föderation der Nationalstaaten nennen; mit einem System, das zum einen volle Parlamentarisierung, das heißt, Stärkung des Europäischen Parlaments mit Kontrollrechten, vollem Budgetrecht, möglicherweise mit eigenen Einnahmen bedeutet, und zum anderen auf bestimmte Weise die Exekutivkompetenzen von Rat und Kommission zusammenfasst.“

Eine weitere Reformanstrengung müsse die Stärkung von Transparenz und Demokratie in Europa erwirken. Ein guter Anfang sei durch die Grundrechtecharta bereits gemacht, doch müsse auch hier die institutionelle Architektur angepasst werden. So sei zum Beispiel denkbar, dass die Exekutive ihr Mandat durch das Europäische Parlament erhalte. Auch gehöre eine Stärkung der Handlungsfähigkeit aller Organe durch die Mehrheitsentscheidung als Regel zu diesem Problemkomplex.

Abschließend wandte sich Pleuger der Frage zu, welche Konsequenzen die Erweiterung für die Gesellschaften der alten und neuen Mitgliedstaaten haben werde. Bei allen Übergangsschwierigkeiten werde, so seine Einschätzung, die Erweiterung sehr positiv wirken. Dies sei auch bei vorangegangenen Erweiterungsschritten so gewesen. Die Dynamik eines sich vergrößernden gemeinsamen Marktes komme allen zugute. Auf keinen Fall dürfe man glauben, dass die Beitrittsländer als Bittsteller oder Mitglieder zweiter Klasse in die Union aufgenommen würden. „Sie bringen etwas in die Europäische Union ein, und zwar erstens den Willen, die Chancen dieses gemeinsamen Marktes wirtschaftlich und politisch zu nutzen, und sie bringen eine größere Modernität gegenüber den doch eher verkrusteten Gesellschaften der alten 15 mit.“ Der Reformwille sei in vielen der Beitrittsländer größer als in den alten Mitgliedstaaten. „Und deshalb glaube ich“, so Pleuger, „dass es wichtig ist, sowohl der Öffentlichkeit in den Beitrittsländern, aber auch der Öffentlichkeit bei uns zu Hause klarzumachen, dass diese Erweiterung die Union zwar vor die größten Probleme seit ihrer Gründung stellt, wir jedoch die Mittel haben, diese Probleme zu lösen und letztlich, wenn wir die europäische Föderation der Nationalstaaten schaffen, sie zum Vorteil aller sein wird, zum Vorteil der alten Mitgliedsländer, wie auch der Beitrittsländer.“ Die Verantwortung für das Gelingen dieses europäischen Unternehmens liege jetzt beim Konvent. Dieser müsse eine Verfassung für eine Föderation der Nationen schaffen, sonst steuere die Union möglicherweise in eine existenzielle Krise.

„Nicht nur Giscard, auch die Mitglieder des Konvents sind sich der Tatsache bewusst, dass sie nur zwei Alternativen haben: Entweder sie schaffen eine europäische Verfassung für eine Föderation der Nationalstaaten, dann gehen sie als Väter der europäischen Verfassung in die Geschichte ein, und die Europäische Union wird stärker werden. Schaffen sie es nicht, können wir auf die nachfolgende Regierungskonferenz wahrscheinlich verzichten, denn auch diese wird das nicht zustande bringen. Die eigentliche Regierungskonferenz ist der Konvent und wenn der Konvent kein Resultat produziert, das genügend politische Dynamik generiert, um dann zu einer europäischen Verfassung in der zweiten Regierungskonferenz zu kommen, versinken nicht nur die Mitglieder des Konvents in der geschichtlichen Bedeutungslosigkeit, sondern die EU würde dann in der Tat - die Erweiterung hat ja dann schon stattgefunden - 2004 in eine große existenzielle Krise laufen.“

Gunter Pleuger



III. Die Regierbarkeit Europas - Anforderungen an den Konvent

8. Mai 2002, 14:00 Uhr – 15:30 Uhr

Impulsreferate: Prof. Dr. Danuta Hübner,

Dr. Ramón de Miguel

40 Wenige Wochen vor dem ersten Karlspreis-Europa-Forum nahm der Konvent zur Zukunft der Europäischen Union seine Arbeit auf. Dieses Gremium soll bis zum Sommer 2003 versuchen, die wesentlichen Fragen zur künftigen Entwicklung der Union zu beantworten und Vorschläge zur künftigen Gestalt einer großen Union auszuarbeiten. Mit der Einberufung des Konvents hat sich die Europäische Union nicht weniger als eine Generalrevision ihrer Zuständigkeiten, Institutionen und Verträge vorgenommen. Was in den letzten Jahren aufgrund vielfältiger Blockaden nicht durchzusetzen war, soll nun im Konvent diskutiert und einer Lösung zugeführt werden – und das in einem zeitlich knapp bemessenen Rahmen. Welchen Anforderungen hat sich der Konvent aktiv zu stellen? Diese grundlegende Frage wurde beim Karlspreis-Europa-Forum mit zwei zentralen Akteuren des europäischen Integrationsprozesses diskutiert.

1. Transparente Strukturen und gemeinsame Reformanstrengungen

Gleich zu Beginn ihres Beitrages widersprach die polnische Staatssekretärin für Angelegenheiten der europäischen Integration und Vertreterin der polnischen Regierung im Konvent für die Zukunft Europas, *Danuta Hübner*, der oft wiederholten Aussage, die Bürger interessierten sich nicht für die Debatten über die Zukunft der Europäischen Union. In Wirklichkeit seien die Menschen in Europa bereit, sich dem fundamentalen Wandel zu stellen, sobald man ihnen die entscheidenden Beweggründe und Ziele begreiflich mache. Es sei deshalb die Aufgabe aller politischen Akteure, die Debatte über die Reform der Europäischen Union in die Öffentlichkeit zu tragen. Denn die Zielsetzung sei allen gemein: Die Europäische Union müsse sich zu einer effizienteren und demokratischeren politischen Entität entwickeln, die mit mehr innerer Kohärenz, mit mehr Transparenz und vor allem mit mehr Relevanz für das Leben der Bürger wirke.

Der Konvent sei das richtige Instrument, auf dieses Ziel hinzuarbeiten. Die vergangenen Jahre und vor allem der Gipfel von Nizza hätten gezeigt, dass die langwierigen intergouvernementalen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen erschöpft seien. Diese Art der Entscheidungsfindung könne nicht zu den innovativen, mutigen und realistischen Lösungen führen, die jetzt nötig seien, um die Politik und die institutionelle Architektur der Union zu verändern. Die Grundlage für institutionellen Wandel müsse durch eine offene und konstruktive Debatte vorbereitet werden, an der all diejenigen teilnehmen sollten, die sich für die Zukunft Europas interessierten.

Der Konvent müsse sich über die Tragweite seiner Arbeit bewusst sein. Er bereite die Entscheidungen vor, die über das Zusammenleben künftiger Generationen bestimmten. Das Mandat des Konvents sei offen gestaltet und die

Aufträge, die die Gipfel von Nizza und Laeken dem Konvent ins Stammbuch geschrieben hätten, machten deutlich, dass die Aufgabe immens sei – und dies nicht allein in intellektueller Hinsicht, sondern auch in Hinsicht auf den politischen Willen und die politische Reife aller Beteiligten. Nichtsdestotrotz müsse die Verantwortung für endgültige Entscheidungen bei den europäischen Regierungen liegen.

Drei zentralen Herausforderungen müsse der Konvent sich stellen. Dies seien zum ersten Apathie und Frust gegen die Europäische Union. In der Vergangenheit hätten es die Eliten nicht für nötig gehalten, den Wählern das gesamte und durchaus komplexe Konzept der Union zu erklären. Ergebnis sei, so *Hübner*, dass ein Großteil der europäischen Bevölkerung die Zielsetzungen und auch die Mechanismen der Europäischen Union schlicht nicht kenne. So sei es den nationalen Regierungen auch immer einfach gewesen, die EU für alle möglichen nationalen Krisensituationen verantwortlich zu machen. Schon mache sich dieses Phänomen auch in den Beitrittsländern breit. Daran seien teilweise die Politiker selbst schuld, eine konzisere und effizientere institutionelle Architektur würde dieses Problem jedoch tilgen.

Zum zweiten müsse man sich der Herausforderung stellen, die Union auf all jenen Gebieten zu stärken, auf denen das gemeinsame Vorgehen nach Meinung aller gewinnbringend sei. Um die Themen und Sachgebiete zu identifizieren, die tatsächlich von allen als notwendiges gemeinsames Handlungsfeld erkannt würden, müsse eine offene und sachbezogene Diskussion stattfinden, die auch die bisherigen Erfolge und Misserfolge der Integration genau analysiere: Warum seien manche Initiativen, wie die Schaffung des Binnenmarktes oder die Einführung des Euro, so erfolgreich, andere dagegen nicht? Warum gebe es in der Außen- und Sicherheitspolitik zwei so unterschiedliche Reaktionsmuster, eines, das auf dem westlichen Balkan zu gemeinsamem Handeln und Erfolg führe, und eines, das nach dem 11. September die Uneinigkeit und Schwäche Europas offenbar mache?

Zum dritten müsse der Konvent die richtigen institutionellen Reformen zur Meisterung der beiden ersten Reformen anstoßen. Grundlegend, so *Hübner*, sei eine Stärkung der Kommission. Allein eine starke Kommission könne gewährleisten, dass das bisher Erreichte – so zum Beispiel der Binnenmarkt – gefestigt werde und dass die Union sich entlang einer stabilen und langfristigen Agenda entwickle. *Hübner* zeigte sich gleichwohl nicht gänzlich überzeugt von der Idee, dass eine mit politischem Mandat versehene Kommission auch wirklich eine stärkere Kommission sein müsse.

In einem letzten Punkt machte *Hübner* deutlich, dass die Beitrittskandidaten auf eine starke und integrierte Europäische Union angewiesen seien. Den Ländern Mittel- und Osteuropas stünden noch große Reformanstrengungen bevor, die sie allein mit der Unterstützung einer starken und reformorientierten Union bewältigen könnten. Dem Vorschlag des Diskussionspapiers der Bertelsmann Stiftung und des Centrums für angewandte Politikforschung, eine grundlegende Finanzreform der Europäischen Union noch vor der Erweiterung durchzuführen, stimmte *Hübner* nicht zu. Entscheidungen über grundsätzliche Reformen sollten gemeinsam in einer großen Union getroffen werden. Den Beitrittskandidaten zumindest mangle es nicht am nötigen Reform-Elan.



Trotz der Lasten, die die Ratspräsidentschaft mit sich bringt, verliert Ramón de Miguel seinen Humor nicht

2. Wie soll Europa regiert werden?

Zwei Aspekte seien für das Aufkommen einer neuerlichen Debatte über die Zukunft Europas verantwortlich, so Ramón de Miguel, zuständiger Staatssekretär für europäische Angelegenheiten des spanischen Außenministeriums: die Erweiterung und der neue Kontext internationalen ökonomischen Wettbewerbs. Tatsächlich werde der anstehende Erweiterungsprozess die Union von Grund auf verändern: quantitativ – die Anzahl der Mitglieder werde sich verdoppeln –, qualitativ – nie zuvor habe die Union Länder mit solch großen sozialen und strukturellen Unterschieden aufgenommen – und historisch – für Europa sei die Erweiterung der Gipfel eines Prozesses, der mit dem Fall der Berliner Mauer begonnen habe. Gleichzeitig werde die Debatte über die Zukunft Europas jedoch auch von den sich verändernden globalen Bedingungen getrieben. Während der europäische Integrationsprozess nach dem Zweiten Weltkrieg von dem Wunsch angetrieben wurde, Bruderkriege in Europa zu einem Ding der Vergangenheit zu machen, seien die Europäer heute von einem anderen Motiv bewegt: Die transnationale Natur von Kommunikations- und Informationsprozessen und auch der Finanzwirtschaft ließen die relative Schwäche der europäischen Staaten offen zutage treten. Es müssten jetzt Bedingungen geschaffen werden, unter denen europäische Unternehmen und Wirtschaftsakteure den Wettbewerb auf den globalen Märkten effektiv bestehen könnten.

Bevor man die Frage nach institutionellen Reformen stelle, müsse man die Frage beantworten, wie in diesem neuen Umfeld der Auftrag und die Kompetenz der Union aussehen sollten. Es dürfe jedoch nicht darum gehen, einen Katalog ausschließlicher Kompetenzen zu erstellen, sondern allein darum, die Mechanismen der Kooperation zwischen Mitgliedstaaten und Union zu verbessern. Die absolute Mehrzahl der Kompetenzen habe heute schon gemeinschaftlichen Charakter, und dies sei richtig so, da sie sowohl den jetzigen als auch den zukünftigen Regierungen der Union erlaube, auf die in den Verträgen formulierten Ziele hin orientiert zu agieren. Deshalb sei es nicht die Frage nach einer Verteilung ausschließlich nationaler oder europäischer Kompetenzen, sondern die Frage der Verteilung von Intensität europäischen und nationalen Handelns, die im Konvent diskutiert werden müsse.

Vordenker und Gestalter der spanischen Europapolitik – Ramón de Miguel



Aus vielen Aufgabenfeldern könne und dürfe sich das gemeinschaftliche Element nicht mehr zurückziehen. Eine europäische Regierung müsse besonderes Gewicht auf die Begleitung der neuen gemeinsamen Währung legen, um Wachstum und Stabilität zu gewährleisten. Ebenso wenig könne sich eine europäische Regierung, die sich Frieden und Fortschritt verpflichtet fühle, der Verantwortung für internationale Friedenseinsätze entziehen. Hierzu müssten die entsprechenden Mittel und Strukturen geschaffen werden. Und nicht anders als auf dem Fundament eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts könne eine europäische Regierung gedacht werden.

Die Reform der Institutionen sei eine grundlegende Herausforderung für die Union. Man dürfe bei der Diskussion jedoch nicht der Versuchung erliegen, Modelle des Nationalstaates auf die Union zu übertragen. Keines dieser Modelle werde dem Projekt der Europäischen Union gerecht. Mit dem fein austarierten institutionellen Dreieck zwischen Rat, Parlament und Kommission habe man bereits eine sehr originelle Lösung. „And maintaining the balance of power which already exists between the three institutions, and maintaining the characteristics of these three institutions without giving more to one despite of the other, in my view, should be one of the most important tasks of the next intergovernmental conference“, unterstrich *de Miguel*. Sicher müsse die Kommission in ihrer Rolle als Initiator für weitergehende Entwicklungen und als Hüter der Verträge gestärkt werden. Auch das Europäische Parlament müsse schrittweise zu einer echten Repräsentanz der Bevölkerung Europas werden. Doch dürfe auf keinen Fall der Rat aus den Augen verloren werden, denn auch in Zukunft würden die Staaten in der Weiterentwicklung der Europäischen Union ein gewichtiges Wort mitzureden haben.

Welche Änderungen auch immer im Konvent diskutiert und von ihm ausgehen werden, auf keinen Fall dürfe vergessen werden, was Europa in den vergangenen 50 Jahren erreicht habe. Der in Bewegung gesetzte Prozess könne nur erfolgreich sein, wenn die Europäer auf dem Prinzip der Kooperation beharren.

von Armando García Schmidt, Bertelsmann Stiftung

“Being in this very historic town hall, I must yield to the temptation of referring to the importance of the Carolingian Empire as a precursor of the present construction of Europe. The Carolingian Empire endowed its constituent territories with common legal, religious and cultural bases which laid the foundation for similar kinds of political and social development, contrasting with the fragmented way, in which these lands had developed following the breakdown of the Roman Empire. In this sense, Charlemagne well deserved the soubriquet of rex pater Europae under which he is very well remembered in this city and all over Europe. Much has happened since then. After many centuries in which Europeans defended their interests against one another on the field of battle, more than 50 years ago, now Europe determined to embark on a process of integration under the banner of concrete achievements and de facto solidarities as Schuman announced in his declaration on 9 May 1950. We decided to change this system of rivalry and confrontation for a system of cooperation. That was a very revolutionary event. And I think we should draw from that very important change all the consequences. So, nothing in Europe should be made through either confrontation or rivalry, but through cooperation.”

Ramón de Miguel

Welche politischen Konsequenzen hat der Euro?

8. Mai 2002, 15:45 Uhr – 18:00 Uhr

Einführung: Dr. Willem F. Duisenberg

Moderation: Dr. Hans D. Barbier

Gesprächsteilnehmer: Prof. Dr. Otmar Issing,

Caio K. Koch-Weser, Prof. Dr. Norbert Walter

Am Vortag der Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen an den Euro lud das Karlspreis-Europa-Forum eine Runde ausgewählter Fachleute und Entscheidungsträger, darunter den amtierenden Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Willem F. Duisenberg, zu einem Rundgespräch unter dem Titel „Welche politischen Konsequenzen hat der Euro?“. Während der Zeit der Vorbereitung und der Einführung des Euro wurden viele Fragen nach der inneren Konstruktion der Gemeinschaftswährung gestellt. Ebenso wurden das Innenleben und die Konstruktionsmechanik der Europäischen Zentralbank breit diskutiert. Das Karlspreis-Europa-Forum in Aachen stellte bewusst eine bislang kaum in den Blick genommene Frage in das Zentrum der Debatte, deren Relevanz für die künftige Entwicklung Europas im Verlauf der Diskussion deutlich zu Tage trat: Welche politische Wirkung entfaltet der Euro in dem Raum, für den er steht, und darüber hinaus? Im Folgenden sind die einführende Rede des Präsidenten der Europäischen Zentralbank sowie Ausschnitte aus den Redebeiträgen der Gesprächsteilnehmer dokumentiert.



Entscheidungsträger und Fachleute an einem Tisch – das Euro-Rundgespräch

I. Einleitende Bemerkungen des Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Dr. Willem F. Duisenberg

„Meine Damen und Herren,

Sie haben einen Zentralbanker eingeladen, diese Diskussionsrunde über die politischen Konsequenzen des Euro zu eröffnen. Manchem mag dies ein wenig seltsam vorkommen. Wie Sie ja wissen, sind unabhängige Zentralbanker stets darauf bedacht, eine gewisse Distanz zur Politik zu wahren. Allerdings will ich nicht leugnen, dass meine Aufgabe als europäischer Zentralbanker untrennbar mit dem größeren historischen Prozess verbunden ist, einen ‚immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker‘ zu schaffen. Die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion war ein zutiefst politischer Akt – ungeachtet der Tatsache, dass sie in erster Linie mit einem wirtschaftlichen Argument begründet wurde, nämlich dass ein gemeinsamer Markt eine gemeinsame Währung erfordert.

So gesehen ist die Wirtschafts- und Währungsunion selbst eine ‚politische Konsequenz‘ früherer Entscheidungen. Ein ‚Produkt‘ des funktionalistischen Herangehens an die europäische Integration. Diese von den Gründervätern der Gemeinschaft mit Erfolg angewendete Methode hat uns von einer begrenzten Zusammenlegung der Souveränität im Montan Sektor zur heutigen Europäischen Union geführt: durch Höhen und Tiefen, mit Unterbrechungen und großen Fortschritten, mit hochfliegenden Visionen und vielen kleinen Schritten nach vorn. Doch in all den Jahren wurde die Integration durch die Eigendynamik der Marktöffnung, durch zunehmende wirtschaftliche Verflechtung, und durch die immer engere Einbindung in gemeinschaftliche Institutionen vorangetrieben. Mit dem Euro hat dieses Netzwerk wechselseitiger Beziehungen und Abhängigkeiten zweifellos eine neue Qualität bekommen.

Wie geht es nun weiter? Mit der Formulierung ‚Die politischen Konsequenzen des Euro‘ suggeriert der Titel der Diskussionsrunde eine Art unumstößliche Kausalität. Als Zentralbanker und Wirtschaftswissenschaftler weiß ich nur allzu gut um die Gefahr,

Parallelentwicklungen als Ursache-Wirkungszusammenhänge misszuverstehen und einfache Extrapolationen aus aktuellen Trends als Voraussagen künftiger Entwicklungen zu deuten. Gestatten Sie mir deshalb, statt über Konsequenzen zu sprechen, den Ausdruck ‚Implikationen‘ zu verwenden und außerdem zwischen wahrscheinlichen ‚Implikationen für weitere Politikfelder‘ und möglichen ‚politischen Implikationen‘ zu unterscheiden.

Mit Implikationen für weitere Politikfelder meine ich weiterführende politische Maßnahmen, die notwendig sind, um den Erfolg der Gemeinschaftswährung zu untermauern und zu gewährleisten, dass die Vorteile der Kombination des Binnenmarktes mit einer Gemeinschaftswährung wirklich voll zum Tragen kommen. Sie sind, so könnte man sagen, die logische Folge des Euro, Ergebnisse der gleichen funktionalen Logik, die ich schon angesprochen habe.

Mit dem Versuch, über die möglichen politischen Implikationen des Euro zu sprechen, begeben mich auf unerforschtes Terrain. Denn wie es in Niels Bohrs geflügeltem Wort heißt: ‚Prognosen sind immer schwierig, vor allem wenn sie die Zukunft betreffen.‘ Es gilt indes, grundlegende Fragen zur Zukunft Europas zu beantworten, und die anschließende Diskussion wird hierzu hoffentlich interessante Erkenntnisse liefern: Kann eine Währungsunion ohne eine Form der politischen Union richtig funktionieren? Ist eine ‚Währung ohne Staat‘ ein tragfähiges Konstrukt? Die Frage, ob eine einheitliche Währung einen einheitlichen Staat erfordert – oder unausweichlich zu ihm führt –, wird heiß diskutiert, nicht nur unter uns, sondern besonders in den drei EU-Mitgliedstaaten, deren Bürger und Entscheidungsträger sich noch nicht für die Einführung des Euro entschieden haben.

Ich glaube, einer der Gründe für diese etwas verwirrende Lage ist die Tatsache, dass der Begriff ‚politische Union‘ recht abstrakt ist. Jeder kann darunter etwas anderes verstehen. Einerseits könnte



„Europa muss greifbarer werden“ – Wim Duisenberg

man ‚politische Union‘ im weiten Sinn als ein dichtes Netzwerk integrierter Politikbereiche, gemeinsamer Regeln und etablierter Verfahrensweisen verstehen, als eine Union mit starken und aktiven supranationalen Institutionen, mit gemeinsamen Symbolen und einer gemeinsamen Identität. Hieran gemessen weist die EU schon heute viele dieser Merkmale auf.

Würde man dagegen unter ‚politischer Union‘ ein Gebilde verstehen, das dem traditionellen Nationalstaat ähnelt, so steht der Europäischen Union wohl noch ein langer Weg bevor, wenn dies die Richtung ist, in die wir gehen wollen. Bei der heutigen Union handelt es sich nicht um eine europäische Föderation oder gar um die Vereinigten Staaten von Europa, mit einer Verfassung und einer starken und zentralisierten Exekutive, die eine aktive Rolle im internationalen Geschehen spielt.

Wird der Euro uns geradewegs zu einer europäischen Verfassung führen? Mit dem Euro ist die vollständige Integration im Bereich der Währung erreicht. Rein funktional markiert er damit einen Endpunkt und keinen Zwischenschritt. Doch durch den Euro sind wir nun eine Schicksalsgemeinschaft. Unsere Volkswirtschaften sind eng miteinander verbunden, und deshalb gehen unsere politischen Entscheidungen nun alle an. Wir haben ein berechtigtes Interesse an den Entwicklungen und am politischen Handeln in anderen Ländern des Euroraums, weil wir davon betroffen sind – sowohl im Positiven als auch im Negativen. Oder, um eine Metapher aus dem täglichen Leben zu benutzen: Der Bund der Ehe, den unsere Länder mit dem Euro eingegangen sind, bedeutet mehr als nur das Leben unter einem Dach; er steht für eine gemeinsame Vision, für eine gemeinsame Lebensgestaltung.

Aus diesem Grund beobachten wir parallel zur Errichtung der Währungsunion auch Fortschritte auf dem Weg einer tieferen

politischen Integration. Im vergangenen Jahrzehnt ähnelte das Politik- und Verfassungsgebäude der Union einer ewigen Baustelle. Heute muss sich die EU der Herausforderung stellen, eine tragfähige, transparente und demokratische Struktur für eine politische Gemeinschaft zu errichten, die fast unseren ganzen Kontinent umfasst – eine Union, die fähig ist, die Erwartungen ihrer Bürger zu erfüllen und international die Verantwortung zu übernehmen, die ihrer Größe und Bedeutung entspricht. Der Konvent über die Zukunft Europas berät über diese Fragen – darüber, was am besten durch zentrale Institutionen und gemeinsame Regeln erreicht werden kann, und was dagegen den Mitgliedstaaten überlassen werden sollte. Das Mandat des Konvents, wie es die Staats- und Regierungschefs formuliert haben, ist weit gefasst, und das Ergebnis des Prozesses könnte ein europäischer Verfassungsvertrag oder gar eine europäische Verfassung sein. Wir sollten jedoch anerkennen, dass wir schon viel erreicht haben, besonders im Bereich der monetären Integration.

Damit dieser verfassunggebende Prozess gelingt, muss Europa greifbarer werden, ein wirkliches Zusammengehörigkeitsgefühl wecken. Nicht nur unter den politischen Entscheidungsträgern, sondern auch – und ganz besonders – unter den Bürgern Europas. Mit der Einführung des Euro haben wir einen großen Schritt in diese Richtung getan. Zwölf europäische Länder teilen nun miteinander eines der bedeutendsten Symbole einer gemeinsamen Identität: das Geld. In diesem Sinn kann ‚der EURO. UNSER Geld‘ als neue, noch festere Grundlage für die Diskussion der EU über ihre finalité politique dienen – für die Diskussion über das letztliche Ziel ihres stetigen Strebens, einen ‚immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker‘ zu schaffen.“

II. Ausschnitte aus dem Rundgespräch



Prof. Dr. Otmar Issing:

Die Währungsunion auf der Suche nach einer politischen Verfassung

„Schon die Formulierung des Themas spiegelt die Ungewöhnlichkeit des Euro wider, denn der Euro ist eben nicht der Normalfall der Geschichte. Politische Konsequenzen hatte diese Währung schon vor ihrer Einführung. Ich nenne in diesem Zusammenhang das Stichwort ‚Stabilitäts- und Wachstumspakt‘ – ein tiefgreifender Einschnitt in die finanzpolitische Souveränität der Mitgliedsstaaten. Es ist eine merkwürdige Situation, dass wir einen Überwachungsmechanismus in der Europäischen Union haben, den es im Föderalstaat Bundesrepublik Deutschland nicht gab. Die Errichtung der Europäischen Zentralbank, die Einführung einer einheitlichen Währung, der vollständige Verzicht auf geldpolitische Souveränität ist ein tiefer Eingriff in die Staatlichkeit, in das Selbstverständnis eines Landes. Eine Notenbank macht noch keinen Staat, jedoch errichtet jeder selbstständig werdende Staat üblicherweise umgehend eine Notenbank. (...)

In der Ökonomie kennen wir die Theorie des optimalen Währungsraumes: Sie versucht Kriterien zu entwickeln im Blick auf die Frage, ob Länder für eine Währungsunion geeignet sind. Wir wissen jedoch auch: Selbst wenn diese Kriterien vorher nicht erfüllt waren, und für die Währungsunion der elf und der zwölf ist das sicher der Fall, werden Mechanismen erzeugt, die ex post eine tragfähige Währungsunion ermöglichen können. Ähnliches ist auch im Bereich der politischen Integration im Gange. Wenn die Politik selbst nicht dazu in der Lage ist, sucht die

„Ist die Politik offen für den Suchprozess nach den optimalen Lösungen?“ – Otmar Issing

Währungsunion gewissermaßen nach der passenden politischen Verfassung. Eine der wichtigen Fragen in diesem Zusammenhang: Ist die Politik offen für diesen Suchprozess nach den optimalen Lösungen, ist sie bereit, falsch gelaufene Prozesse zu korrigieren und nach neuen Wegen zu suchen?“

Caio K. Koch-Weser:

Globale Herausforderungen für gemeinsames Handeln

„Gerade die dramatischen Ereignisse des letzten Jahres haben den politischen Handlungsdruck aufgrund der Einführung des Euro demonstriert. Drei globale Dimensionen fordern Europa zu einer gemeinsamen Antwort heraus. Erstens – im letzten Jahr gab es weltweit einen synchronen Konjunkturabschwung. Wir haben gelernt, dass die Interdependenzen der Weltwirtschaft über die üblichen Handels- und Kapitalströme hinaus gewaltig zugenommen haben und das gibt uns Lehren für die Gestaltung Europas als Wachstumsmotor in dieser Weltwirtschaft auf. Zweitens – die Ereignisse des 11. September haben zu Unsicherheit und Risikoaversionen in Finanz- und Produktmärkten geführt. Solche externen Schocks politischer Art zeigen, dass wir die damit entstandene Volatilität und die neuen Herausforderungen nur gemeinsam durch eine starke Euro-Zonenwachstumspolitik steuern können. Drittens hat die sehr erfolgreiche Einführung des Euro-Bargeldes meiner Ansicht nach nicht zu dem Kurs des Euro geführt, den die strong fundamentals der europäischen Währungsunion rechtfertigen. (...)

Zur Reform der Politiken und der Gestaltung der Erweiterung wurde schon viel gesagt. Auch ich sehe die Erweiterung als Modernisierungsschub und Reformchance. Ich habe lange in den osteuropäischen Ländern gearbeitet. Dort wurden in den letzten zwölf Jahren schwerwiegende Reformen durchgeführt, von denen wir nur lernen können. Grundsätzlich reformiert werden muss die Agrarpolitik, die 40 Prozent des Haushalts ausmacht, obwohl sie nur drei Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt. Der zweite Bereich ist die Strukturpolitik. Ich möchte darauf hinweisen, wie erfolgreich diese Politik gewesen ist. In nur zehn Jahren stieg in Irland das Pro-Kopf-Einkommen, das sich Mitte der 80er Jahre bei nur 2/3 des europäischen Durchschnitts bewegte, auf 100 Prozent und das Land hat heute ein höheres Pro-Kopf-Einkommen als Deutschland. (...) Angesichts des großen Wohlstandsgefälles müssen heute bedürftige Regionen, die zu den ärmsten gehören, den Vorzug bekommen. Ich sehe hier die Chance für eine wirkliche Reform und hoffe, dass diejenigen, die in der Vergangenheit Solidarität erfahren haben, hier voll mitziehen.“



„Auch die Politik muss sich dem Wettbewerb öffnen“ – Norbert Walter

Prof. Dr. Norbert Walter:

Der Euro als Antrieb für eine Politik des Wettbewerbs

„Für mich ist der Euro die logische Folge des Binnenmarktes.

Logische Folge des Binnenmarktes wiederum ist eine politische Union. Ein Binnenmarkt hat innen gemeinsame Regeln, keine Binnengrenzen, jedoch gemeinsame Außengrenzen. Jemand muss schizophren sein, wenn er angesichts dieses Sachverhaltes nicht zu gemeinsamen politischen Vereinbarungen kommt. Wir benötigen darüber hinaus Rechtssysteme, die miteinander kommunizieren, eine gemeinsame Einwanderungspolitik und dazu wiederum eine gemeinsame Außenpolitik. Wie man das in Frage stellen kann, habe ich nie verstanden und das ist nicht Folge des Euro, sondern vielmehr Folge des Binnenmarktes. Der Euro ist die Folge dieses Binnenmarktes; gleiches gilt für die politische Union. (...)

Zu der Frage, ob Europa richtig aufgestellt ist, und in seiner Beziehung zur Außenwelt, seiner Statur, seinem Gewicht entsprechend handelt, möchte ich den Vergleich mit einer Fabel bemühen. Mir kommt Europa immer noch so vor wie die „Sieben Zwerge“ in der Geschichte von „Schneewittchen und den sieben Zwergen“. Wenn wir uns zu etwas Großem aufraffen, dann fordern wir von unseren Partnern in der Welt, dass sie nicht nur sieben Zwerge akzeptieren, sondern elf oder 13. (...)

Sie erwarten von mir natürlich zu Recht, dass ich etwas zum Finanzmarkt sage. Der Finanzmarkt ist in Europa leider immer noch zu sehr segmentiert, er wird jedoch durch die Einführung des Euro mit großem Schwung in stärkerem Maße integriert werden. Diese Integration eröffnet uns Wachstumschancen, weil sie die Chance bietet, die Allokation des Kapitals nennenswert zu verbessern. Die größere Bedeutung von Wertpapiermärkten in Europa wird bewirken, dass die Kapitalallokation in effizienterer Weise erfolgt, weil Grenzen verschwinden, Transaktionskosten gesenkt werden und weil shareholder value und nicht shareholder value eine größere Rolle spielen wird als in der Vergangenheit. Die Politik muss in dieser Situation das ihr bleibende Mittel nutzen, nämlich die intelligente Anpassung ihrer Angebotspolitik. Sie kann ihren Standort verbessern, indem sie ihn attraktiv für Kapital und Arbeitskräfte aus anderen Teilen des europäischen Raumes, aber auch anderer Länder gestaltet. Es ist die Rolle der Politik, dies frühzeitig zu erkennen und entsprechend zu handeln. Der Euro kann also über diesen Mechanismus ein Katalysator sein, der Antreiber einer auf mehr Wettbewerb gerichteten Politik. Wenn die Politik das begreift, sorgt sie dafür, dass wir weiter in der oberen Liga spielen. Sollte die Politik diese Einsicht nachhaltig verweigern, werden wir auch weiterleben, allerdings in der Bezirksliga.“



Prof. Dr. Werner Weidenfeld:

Der Euro erzwingt einen politischen Rahmen

„Die gemeinsame Währung erzwingt einen politischen Rahmen, sie erzwingt nicht den Staat und sie erzwingt auch nicht die politische Union. Das, was wir herkömmlich unter politischer Union verstehen, hat sich im Grunde mit der EU bereits entwickelt – wir beginnen nicht am Nullpunkt. Die gemeinsame Währung erzwingt einen politischen Rahmen und dies werden wir um so intensiver spüren, je mehr wir in krisenhafte Zusammenhänge kommen. Denn in solchen Situationen werden die Fragen gestellt: Wo ist der Rahmen, wie ist er ausgestaltet und wer trägt jetzt die Verantwortung dafür? Die Logik spricht dafür, dass wir in ein paar Jahren einen sehr stabilen, festen politischen Rahmen um den Euro haben, nicht innerhalb der EU insgesamt, sondern um diejenigen Staaten, die den Euro bilden und tragen.“

Prof. Dr. Otmar Issing:

Weg von den Mustern der Vergangenheit

„Herr Weidenfeld hat gesagt, die Währungsunion erzwingt den politischen Rahmen. Das deckt sich zum Teil mit meiner These, dass hier ein Suchprozess eingeleitet ist. Bei meinen Überlegungen, welche politische Gestalt Europas zu einer Währungsunion passt, habe ich lange an mir selbst beobachtet, dass ich immer in Mustern der Vergangenheit gedacht habe: Staatenverbund, Bundesstaat, etc. Ich bin inzwischen längst davon überzeugt: Dies ist der falsche Ansatz, denn das, was in Europa derzeit entsteht, hat es in der Geschichte noch nicht gegeben. Ich kenne niemanden, der für mich überzeugend beschreiben kann, wie die künftige Gestalt konkret aussehen wird. Es gibt nur grobe Vorstellungen und Strukturen. Sicher ist, dass das, was politisch in Europa wächst, weit mehr ist als eine reine Ergänzung der

Währungsunion. Eine gemeinsame Währung schafft zwar ein stärkeres gemeinsames Bewusstsein. Eine gemeinsame Sicherheitspolitik oder andere gemeinsame Strukturen müssen jedoch politisch gewollt sein – oder nicht. Die Währungsunion ist keine Abkürzung zu dieser Form der politischen Union. Es sind ganz verschiedene Schichten und Ebenen, die am Ende zu dem zusammenfließen, was später die politische Einheit Europas sein könnte.“



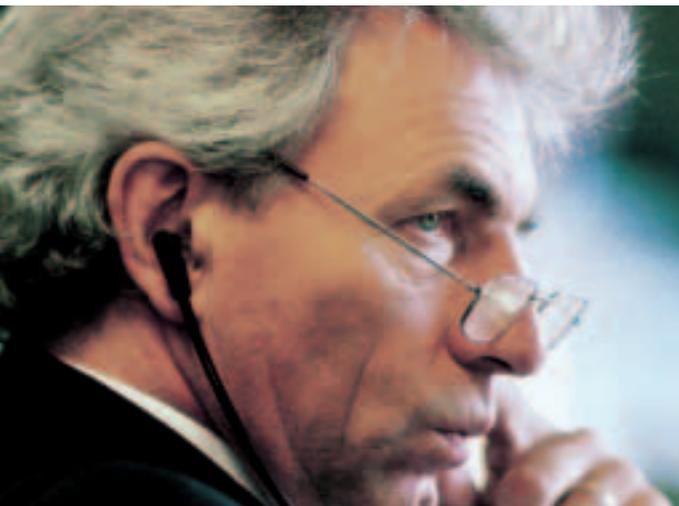
Der langjährige Rektor des renommierten Europa-Kollegs – Otto von der Gablentz

Der Euro – Pfadfinder nach Europa

Ein Kommentar von

Dr. Hans D. Barbier

50



Gestaltet Europa gemeinsam mit den
Entscheidungsträgern der Euregio Maas-Rhein
in täglicher Arbeit – Jürgen Roters

Den Euro kennen wir als das Geld der Europäischen Union. Doch der Euro ist mehr: Er ist ein Pfadfinder nach Europa. Die wirtschaftlichen Wirkungen der Gemeinschaftswährung beginnen wir schon zu spüren, und sie werden uns bald geläufig werden. Auf den Gütermärkten Europas wird der Euro den Wettbewerb beleben und so der Innovationskraft der europäischen Wirtschaft einen Schub versetzen. Auf den Kapitalmärkten mit ihren nicht immer leicht überschaubaren Risikostrukturen und Zeitprofilen wird er für Transparenz sorgen und so die Produktivität des Wirtschaftsraumes stärken. Die Startphase der Arbeit der Europäischen Zentralbank gibt Anlass zur Hoffnung, dass im internationalen Wettlauf um Innovation und Produktivität die Stabilität des Euro nicht auf der Strecke bleibt.

Doch der Euro ist mehr als ein Faktor der Weltwirtschaft. Der Euro ist eine politische Innovation und er wird politische Folgen für die Gestalt der Europäischen Union haben. Bei der konzeptionellen Vorbereitung des Karlspreis-Europa-Forums in Aachen haben die Europa-Experten der Bertelsmann-Stiftung und des Centrums für angewandte Politikforschung an der Universität München den Politikern für die Arbeit der kommenden Monate und Jahre ein Vier-Facetten-Bild der Europäischen Union vorgegeben: die Europäische Union als Sicherheitsgemeinschaft, als Wachstumsgemeinschaft, als Solidaritätsgemeinschaft und als Verfassungsgemeinschaft.



51

Europa ist dabei, sich auf den Weg zu einer so skizzierten Gemeinschaft zu machen. Dass dabei nicht stets volle Klarheit über das heute Mögliche und das morgen Wünschbare herrscht, sollte nicht immer nur beklagt werden. Im Gegenteil: Ein „Europa nach Masterplan“ wäre eine Schreckensvision aus dem Arsenal des Konstruktivismus. Nur ein „Europa des allmählichen Aufscheinens“ entspricht der Philosophie und dem Lebensgefühl einer liberal gesonnenen Bürgerschaft. Nicht die Finalität eines geschlossenen Weltbildes, sondern die Offenheit der Evolution lässt Lösungsversuche zu, die sich aus dem Lernen ergeben. Das Lernen aber ist die Domäne des Wettbewerbs. Indem der Euro den Wettbewerb der Ideen und Märkte verstärkt, leistet er seinen Beitrag zur Entwicklung der politischen Integration der Europäischen Gemeinschaft. Idee und Praxis des Wettbewerbs mahnen und sorgen dafür, dass Integration nicht immer nur mit Zentralisierung und Vereinheitlichung gleichgesetzt wird.

Der Euro ist bereits dabei, sich den politischen Raum zu formen, für den er als Währung steht. Das geschieht auf zwei Wegen. Es geschieht zum einen durch den Wettbewerb der Politik um die bessere Lösung. Das entspricht sozusagen dem Marktmodell des Wirtschaftens. Die Niederländer experimentieren mit ihrem Poldermodell. Die Deutschen tasten sich an eine Modernisierung der Sozialen Marktwirtschaft heran. Die Franzosen üben bei der aus Brüssel verordneten Liberalisierung der Kommunikationswirtschaft den Abschied vom historisch überlieferten Etatismus. Der Euro formt sich seinen politischen Raum jedoch auch durch die Erfindung politischer Konstrukte. Als Beispiel dafür steht der Maastrichter Stabilitätspakt, der die Regierungen der Mitgliedsländer des Euro-Raumes zur Etatdisziplin anhalten soll.

Der Bezug dieses auf den ersten Blick so budgettechnisch aussehenden Stabilitätspaktes zur ausgreifenden Konzeption der Europäischen Union als Sicherheits-, Wachstums- und Solidaritätsgemeinschaft fällt spätestens beim zweiten Blick ins Auge: Ohne Budgetdisziplin wird die Europäische Gemeinschaft die Balance zwischen äußerer und sozialer Sicherheit nicht finden, ohne Budgetdisziplin wird die Solidarität als soziales Bindemittel der Gesellschaften nicht auf Dauer zur Verfügung stehen und ohne Budgetdisziplin werden die Wachstumskräfte des Wirtschaftsraumes der Europäischen Gemeinschaft nicht zu fördern sein.

Was der Euro für die politische Gestalt der Europäischen Union leisten kann, geht indessen weit über das hinaus, was die Ökonomen unter einem „optimalen Währungsraum“ verstehen. Die Europäische Union als Verfassungsgemeinschaft kann vom Euro den Geist des Wettbewerbs leben lernen. Dieser Geist wäre prägend für das Verfassungsbild Europas. Wenn das in Rechtsform gegossene Entscheidungsmuster der Europäischen Union vom Prinzip der Subsidiarität als dem politischen Pendant des wirtschaftlichen Wettbewerbs bestimmt sein wird, dann spielt es allenfalls eine symbolische Rolle, ob ein solches Muster in den sprachlichen Rang einer Verfassung erhoben wird. Entscheidend wird es sein, in den Beratungen des Konvents nicht die Botschaften des Euro zu überhören: Transparenz, Stabilität, Wettbewerb.

von Dr. Hans D. Barbier
Vorsitzender des Vorstandes der
Ludwig-Erhard-Stiftung, Bonn

Begründung des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen an den EURO – getragen durch die Europäische Zentralbank

52



Walter Eversheim gab die Entscheidung über die Preisvergabe an den Euro am 8. Dezember 2001 der Öffentlichkeit bekannt

I.

Nach dem Willen seiner Initiatoren soll der Internationale Karlspreis zu Aachen verliehen werden für einen hervorragenden Beitrag im Dienste der europäischen Verständigung und Gemeinschaftsarbeit, der Humanität und des Weltfriedens. Geehrt wird die Förderung des Vereinten Europas in politischer, wirtschaftlicher und geistig-kultureller Beziehung. Wie kein anderer Integrationsschritt zuvor wird die neue Währung, der EURO, die Identifikation mit Europa befördern. Der EURO leistet damit einen entscheidenden, epochemachenden Beitrag zum Zusammenwachsen der Völkerfamilie.

Mit der Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen an den EURO – getragen durch die Europäische Zentralbank – werden auch die Verdienste all jener Persönlichkeiten gewürdigt, die mannigfachen Widerständen zum Trotz an der Vision einer gemeinsamen Währung für das Vereinte Europa festgehalten und sie verwirklicht haben. Das Karlspreisdirektorium ehrt mit dem EURO eine Maßnahme, die stabilisierend für die Gemeinschaft wirkt, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik unterstützt und die Basis bildet für eine abgestimmte Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie für andere politische Felder der Gemeinschaft. Die Einführung des EURO begründet somit eine neue Stufe des europäischen Einigungsprozesses.

II.

Wir verdanken der europäischen Integration die längste Friedensperiode in unserer Geschichte. Dass auf dem europäischen Kontinent Krieg und Diktatur, totalitäre Ideologien und Spaltung überwunden wurden, dass Friede, Freiheit, Verständigung und Versöhnung sich durchsetzten, mag vielfältigen Ursachen zu danken sein. Ohne die zentrale Stellung, die der Gedanke der europäischen Einigung einnahm, wäre diese positive Entwicklung allerdings ausgeblieben.

Ein wesentlicher Baustein für dieses Vereinte Europa ist die europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Unser Kontinent – mit so vielen Völkern und Nationen, Sprachen und Kulturen – wächst hierdurch enger zusammen als jemals zuvor. Und diese Integration ist aus freien Stücken, in Frieden und Freiheit erfolgt – ein seltener Augenblick in der jahrtausendealten Geschichte Europas.

Als die Währungsunion vor mehr als einem Jahrzehnt auf den Weg gebracht wurde, hielten das viele für eine Illusion. Mit dem Vertrag von Maastricht und mit der Gründung der Europäischen Zentralbank am 1. Juni 1998 aber hat sich gezeigt, dass sich die gemeinsamen Anstrengungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gelohnt haben. Die großen Visionäre haben sich am Ende des Jahrhunderts als die eigentlichen Realisten erwiesen. Kein Integrationsschritt seit der Gründung der Europäischen

Gemeinschaften hat so tief in das Leben der Menschen eingegriffen, wie dies beim EURO spätestens mit Beginn des Jahres 2002 der Fall sein wird. Wenn die Menschen an der Algarve und in Dublin, in der Bretagne und im Burgenland, in Lappland und auf Sizilien – um nur einige Regionen zu nennen – in der gleichen Währung zahlen, dann werden sie Europa wortwörtlich als bare Münze in der Tasche mit sich tragen, dann werden sie buchstäblich mit den Händen greifen können, dass Europa eine gewachsene Gemeinschaft und der EURO ein Symbol hierfür ist. Der EURO ist die überzeugendste, pragmatischste Lösung auf dem Weg zur europäischen Gemeinsamkeit seit mehr als 1200 Jahren.

Mit der Verleihung des Internationalen Karlspreises im Jahre 2002 tragen wir der Überzeugung Rechnung, dass gerade aus dem EURO ein völlig neues Gefühl der Zusammengehörigkeit in der Union erwachsen wird. Denn Währungen waren in der Geschichte schon immer mehr als nur ein Zahlungsmittel; sie waren und sind stets auch ein Stück gemeinsamer Identität und Kultur und ein Gradmesser politischer, wirtschaftlicher und sozialer Stabilität. Und: Stabilität ist nicht alles, aber ohne Stabilität ist alles nichts.

Um einen realistischen Maßstab für die historische Dimension der Herausforderung zu gewinnen, mag der Hinweis genügen, dass seit der Unterzeichnung der Römischen Verträge und dem

Der Preisträger im Zentrum – umgeben von Staatsoberhäuptern (Großherzog Henri von Luxemburg, Königin Beatrix der Niederlande – beide in der hinteren Reihe links –, der italienische Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi hält die Laudatio), den Karlspreisträgern vergangener Jahre (Bronislaw Geremek, Sir Edward Heath, György Konrad sowie Fritz Hellwig und Hans von der Groeben für die Kommission der Europäischen Gemeinschaften – alle in der ersten Reihe) und den Mitgliedern des Karlspreisdirektoriums



53



Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Wim Duisenberg, nimmt die Auszeichnung aus Händen des Oberbürgermeisters stellvertretend für den Euro entgegen



„Bringt neuen Schwung in den Aufbau Europas“ – der italienische Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi appellierte in seiner Laudatio an die europäische Jugend

Beginn der Europäischen Gemeinschaft schon immer die Zielvorstellung bestanden hat, den gemeinsamen Markt durch ein gemeinsames Zahlungsmittel, durch eine Wirtschafts- und Währungsunion zu krönen. Dabei ist der Einigungsprozess keineswegs geradlinig verlaufen. Viele Initiativen konnten die Integration nicht wirklich vorantreiben. Das gilt für das Aktionsprogramm, das die Kommission der EWG schon in den 60er Jahren für die zweite Stufe der Zollunion entwickelte, ebenso wie für die Pläne auf der Grundlage des Werner-Berichts im Jahre 1970, als man sich im Angesicht des Zusammenbruchs des festen Wechselkurs-Systems von Bretton Woods um ein Mehr an Stabilität bemühte. Ernsthaft Fortschritte waren dann mit Inkrafttreten des Europäischen Währungssystems 1979, mit einer Zone zunehmender Währungsstabilität, zu verzeichnen. Die 13 Jahre später im Vertrag von Maastricht beschlossene Einführung des EURO ist eine der großen Antworten Europas auch auf die Globalisierung der Weltwirtschaft und auf den immer stärkeren weltweiten Wettbewerb zwischen den Volkswirtschaften. Die Währungsunion erhöht die Preistransparenz und schaltet Wechselkursrisiken zwischen den Teilnehmerstaaten

aus. Dies bedeutet: höhere Planungssicherheit; neue unternehmerische Chancen; Aufbau langfristiger Geschäftsbeziehungen, die nicht den Schwankungen der Devisenmärkte unterliegen, und schließlich: ein großer und leistungsfähiger europäischer Finanzmarkt mit einem EU-weiten Gewinn sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit. Aber der EURO ist nicht allein Werteinheit, sondern vielmehr Wertmaßstab, und er entfaltet vor allem eine identitäts-, vielleicht sogar friedensstiftende Wirkung. Und wer künftig von Frankreich nach Griechenland, von Österreich nach Finnland, von Luxemburg nach Portugal, von Belgien nach Irland, von Spanien in die Niederlande und von Deutschland nach Italien reist, der wird durch den EURO ein "Stück Heimat" auch jenseits der nationalen Grenzen erleben. Sinnbildlich für die gemeinsame Währung steht als Wächterin über deren Stabilität die Europäische Zentralbank mit ihrem Präsidenten Wim Duisenberg, der stellvertretend für den EURO am 9. Mai 2002 den Internationalen Karlspreis zu Aachen entgegennehmen wird.

Nach der Preisverleihung – Königin Beatrix der Niederlande, das Ehepaar Duisenberg, Staatspräsident Carlo Ciampi und Oberbürgermeister Jürgen Linden grüßen die vor dem Rathaus versammelten Aachener



III.

Mit der Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen im Jahre 2002 verbindet das Karlspreisdirektorium die Hoffnung und Erwartung, dass das gemeinsame Zahlungsmittel die Menschen unseres Kontinents noch enger zusammenführt, dass die identitäts- und friedensstiftende Wirkung des EURO eine noch stärkere Anziehungskraft auch auf die Staaten und Nationen ausübt, die heute noch nicht die gemeinsame Währung eingeführt haben und auf die, die noch nicht der Gemeinschaft angehören, und dass die irreversible Währungsunion maßgeblicher Impulsgeber für die Vollendung der Politischen Union sein wird.

Sorgte nach der Preisverleihung für heitere Stimmung -- Wim Duisenberg überließ seiner Frau die eigenen Schuhe und ging selbst in Strümpfen über das Aachener Altstadt-pflaster



Karlspreis-Europa-Forum 2002



An der Pforte des Rathauses begrüßt Jürgen Linden Bronislaw Geremek und die übrigen Teilnehmer

Dienstag, 7. Mai 2002

**Empfang der Teilnehmer
im Weißen Saal des Rathauses der Stadt Aachen**

Dr. Jürgen Linden
Oberbürgermeister der Stadt Aachen

Prof. Dr. Dr. h. c. Walter Eversheim
Sprecher des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen; Direktor des Laboratoriums für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre der RWTH Aachen



Tagungsprogramm

**Die spanische Sicht der Dinge:
José María Beneyto Pérez
(Mitte) im Gespräch
mit Hans D. Barbier und
Gerd Schulte-Hillen**

Abendessen im Ballsaal des Alten Kurhauses

Begrüßung

Helmut Werner
Sprecher des Vorstandes der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen

Gerd Schulte-Hillen
Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bertelsmann AG und der Gruner + Jahr AG; stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Rede: „Was hält Europa zusammen?“

Rudolf Schuster
Staatspräsident der Slowakischen Republik, Bratislava





Mahnte die Europäer zum verantwortungsvollen Dialog mit den Mittelmeeranrainern – Eberhard von Koerber

Mittwoch, 8. Mai 2002

Einführung und Vorstellung des Diskussionspapiers

Prof. Dr. Werner Weidenfeld

*Mitglied des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh;
Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung
an der Ludwig-Maximilians-Universität München*

Bedrohte Sicherheit – Europas neue Rolle in der Welt

Dr. Walther Stütze

*Staatssekretär des Bundesministeriums der Verteidigung der
Bundesrepublik Deutschland, Berlin*

Dr. Klaus Kinkel

*Bundesminister des Auswärtigen und Vizekanzler der
Bundesrepublik Deutschland a.D., Berlin*

David C. Gompert

Präsident RAND Europe, Leiden

Unvollendete Einigung – Konsequenzen der Erweiterung

Prof. Dr. Bronislaw Geremek

*Außenminister der Republik Polen a.D.; Inhaber des Lehrstuhls
für Europäische Zivilisation am Europa-Kolleg, Natolin;
Träger des Karlspreises 1998*

Dr. Gunter Pleuger

*Staatssekretär des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik
Deutschland, Berlin*

Die Regierbarkeit Europas – Anforderungen an den Konvent

Prof. Dr. Danuta Hübner

*Staatssekretärin für Europäische Integration des
Außenministeriums der Republik Polen, Warschau;
Mitglied des Konvents zur Zukunft der Europäischen Union,
Brüssel*

Dr. Ramón de Miguel

*Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten
des Außenministeriums des Königreichs Spanien, Madrid*

Welche politischen Konsequenzen hat der Euro?

Eröffnung des Rundgesprächs

Dr. Willem F. Duisenberg

Präsident der Europäischen Zentralbank, Frankfurt am Main

Moderation des Rundgesprächs

Dr. Hans D. Barbier

Vorsitzender des Vorstandes der Ludwig-Erhard-Stiftung, Bonn

Teilnehmer des Rundgesprächs

Prof. Dr. Otmar Issing

*Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank,
Frankfurt am Main*

Caio K. Koch-Weser

*Staatssekretär des Bundesministeriums der Finanzen
der Bundesrepublik Deutschland, Berlin*

Prof. Dr. Norbert Walter

Chefvolkswirt der Deutschen Bank Gruppe, Frankfurt am Main

Abendessen in der Aula Carolina



Helmut Werner begrüßt die Teilnehmer im Namen der Karlspreisstiftung



Donnerstag, 9. Mai 2002

Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen an den Euro

Ein würdiger Rahmen – der Krönungssaal des Aachener Rathauses



Teilnehmer

Die Beitrittskandidaten begleiten die Arbeit des Konvents aktiv – Jan Foltin, slowakischer Botschafter, im Gespräch mit Gisela Stuart, Mitglied des Konventspräsidiums

Ralph Allgeier

Redakteur bei der Aachener Zeitung, Aachen

Dr. Franz-Lothar Altmann

Leiter der Forschungsgruppe Westlicher Balkan, Stiftung Wissenschaft und Politik; Geschäftsführender Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, Berlin

Prof. Dr. Shlomo Avineri

Direktor des Instituts für Europäische Studien der Hebräischen Universität; Generaldirektor des Israelischen Außenministeriums a.D., Jerusalem; Fellow am Collegium Budapest, Budapest

Dr. Hans D. Barbier

Vorsitzender des Vorstandes der Ludwig-Erhard-Stiftung, Bonn

Prof. Dr. José María Beneyto Pérez

Direktor des Instituts für Europäische Studien an der Universidad San Pablo-CEU, Madrid

Leopold Bill von Bredow

Botschafter a.D.; Geschäftsführender stv. Präsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin

Dr. Christoph Breitenmoser

Redaktor bei der Neuen Zürcher Zeitung, Zürich

Prof. Dr. Helmut Breuer

Honorarykonsul der Niederlande; Geographisches Institut der RWTH Aachen

Elmar Brok

Mitglied des Europäischen Parlaments; Mitglied des Konvents zur Zukunft der Europäischen Union, Brüssel

Erwin Conradi

Geschäftsführer der Beisheim Holding GmbH, Baar; Mitglied des Vorstandes der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen

Dr. Willem F. Duisenberg

Präsident der Europäischen Zentralbank, Frankfurt am Main

Daniel Eckert

Stv. Leiter des Ressorts Außenpolitik, Die Welt, Berlin

Prof. Dr. Dr. h. c. Walter Eversheim

Sprecher des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen; Direktor des Laboratoriums für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre der RWTH Aachen

Jan Foltin

Botschafter der Slowakischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin

Günther Franitza

Mitbegründer und Vize-Präsident des european-journalists e.V., Frankfurt am Main

Klaus-Dieter Frankenberger

Verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Frankfurt am Main

Otto von der Gablentz

Botschafter a.D.; Rektor des Europa-Kollegs a.D., Amsterdam

Prof. Dr. Curt Gasteyger

Direktor der Gesellschaft für Internationale Sicherheitspolitik, Genf

Prof. Dr. Bronislaw Geremek

Außenminister der Republik Polen a.D.; Inhaber des Lehrstuhls für Europäische Zivilisation am Europa-Kolleg, Natolin; Träger des Karlspreises 1998

David C. Gompert

Präsident RAND Europe, Leiden

Prof. Dr. Klaus Gretschmann

Generaldirektor, Generalsekretariat, Rat der Europäischen Union, Brüssel

Bernhard Hänel

Politischer Korrespondent der Neuen Westfälischen, Bielefeld

Georg Helg

Mitglied des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen

Heiner Höfken

Richter; Mitglied des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen

Johanna Holzauer

WDR-Fernsehen, Bonn; Mitglied des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen

Gestaltet die deutsche Europapolitik – Reinhard Schweppe



Prof. Dr. Danuta Hübner

Staatssekretärin für Europäische Integration des Außenministeriums der Republik Polen, Warschau; Mitglied des Konvents zur Zukunft der Europäischen Union, Brüssel

Prof. Dr. András Inotai

Generaldirektor des Instituts für Weltwirtschaft, Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest

Prof. Dr. Dr. h. c. Otmar Issing

Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, Frankfurt am Main

Josef Janning

Leiter des Bereichs Politik der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh; Leiter der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Centrum für angewandte Politikforschung, Ludwig-Maximilian-Universität, München

Prof. Dr. Dr. h.c. Karl Kaiser

Otto-Wolff-Direktor am Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin

Hans Kauhnen

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Aachen a.D.; Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen

Prof. Dr. Max Kerner

Historisches Institut der RWTH Aachen

Dr. Klaus Kinkel

Bundesminister des Auswärtigen und Vizeminister der Bundesrepublik Deutschland a.D., Berlin

Caio K. Koch-Weser

Staatssekretär des Bundesministeriums der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland, Berlin

Prof. Dr. Helmut König

Institut für Politische Wissenschaften der RWTH Aachen

Dr. Eberhard von Koerber

Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Eberhard von Koerber AG, Zürich

György Konrád

Präsident der Akademie der Künste, Berlin; Träger des Karlspreises 2001

Stefan Kornelius

Ressortleiter Außenpolitik der Süddeutschen Zeitung, München

Dr. Hermann Krämer

Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen, Aachen

Karl-Heinz Lambertz

Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Königreich Belgien, Eupen

Dr. Otto Graf Lambsdorff

Bundesminister a.D., Bonn; Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung, Potsdam

Armin Laschet

Mitglied des Europäischen Parlaments, Brüssel; Mitglied des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen

Dr. André Leysen

Vorsitzender des Verwaltungsrates der Gevaert N.V., Antwerpen; Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen

Dr. Jürgen Linden

Oberbürgermeister der Stadt Aachen

Wilfried Lindner

Chefredakteur der Aachener Nachrichten, Aachen

Dr. Ramón de Miguel

Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten des Außenministeriums des Königreichs Spanien, Madrid

Prälat Dr. Hans Müllejans

Dompropst, Domkapitel Aachen; Mitglied des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen

Prof. Dr. Peter-Christian Müller-Graff

Direktor des Instituts für deutsches und europäisches Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht, Ruprecht-Karls-Universität, Heidelberg

Dr. Jost Pfeiffer

Ehrenbürger der Stadt Aachen; ehem. Mitglied des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen

Dr. Gunter Pleuger

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland, Berlin

Elisabeth Pond

Editor, Internationale Politik. Transatlantic Edition, Berlin

Prof. Dr. Burkhard Rauhut

Rektor der RWTH Aachen; Mitglied des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen

Jürgen Roters

Regierungspräsident der Bezirksregierung Köln; Vorsitzender der Euregio Maas-Rhein

Achim Schmillen

Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, Berlin

Gerd Schulte-Hillen

Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bertelsmann AG und der Gruner + Jahr AG; stv. Vorsitzender des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Irene Schulte-Hillen

Vorsitzende des Vorstandes der Deutschen Stiftung Musikleben, Hamburg; Mitglied des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen

Rudolf Schuster

Staatspräsident der Slowakischen Republik, Bratislava

Dr. Reinhard Schweppe

Ministerialdirektor, Leiter der Europaabteilung im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, Berlin

José Pedro Sebastián de Erice

Botschafter des Königreichs Spanien in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin; Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen



Gabriele Spitzer

Leiterin des WDR-Landesstudios Aachen

Gisela Stuart, MP

House of Commons, London; Mitglied des Präsidiums des Konvents zur Zukunft der Europäischen Union, Brüssel

Dr. Walther Stütze

Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland, Berlin

Prof. Dr. Rita Süßmuth

Präsidentin des Deutschen Bundestages a.D., Mitglied des Deutschen Bundestages, Berlin

Jürgen Turek

Geschäftsführer des Centrums für angewandte Politikforschung, München

Daniel Vernet

Direktor für Internationale Beziehungen bei Le Monde, Paris

Dr. Angelika Volle

Chefredakteurin der Zeitschrift „Internationale Politik“, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin

Lodewijk C. van Wachem

N.V. Koninklijke Nederlandsche Petroleum Maatschappij, Den Haag; Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen

Prof. Dr. Norbert Walter

Chefvolkswirt der Deutschen Bank Gruppe, Frankfurt am Main

Roger de Weck

Publizist/Kolumnist, Berlin; Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen

Prof. Dr. Werner Weidenfeld

Mitglied des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh; Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität, München

Helmut Werner

Sprecher des Vorstandes der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen

Martin Winter

Leiter des Büros Brüssel der Frankfurter Rundschau, Brüssel

Der feierliche Rahmen des Abendessens am 8. Mai wurde von der Deutschen Stiftung Musikleben gestaltet: Neben dem Barock-Ensemble „L'ornamento“ (hier im Bild mit dem Karlspreisträger von 1963, Sir Edward Heath) spielte auch die Geigerin Alina Pogostkin



Alle Publikationen sind im Verlag Bertelsmann Stiftung erschienen.



Europa-Handbuch

Werner Weidenfeld (Hrsg.),
Gebunden mit Schutzumschlag,
Aktualisiert und völlig überarbeitet, 2. Auflage 2002, 936 Seiten,
ISBN 3-89204-630-1

Arbeitsteilung in der Europäischen Union – die Rolle der Regionen

Franz H. U. Borkenhagen, Thomas Fischer, Fritz Franzmeyer,
Siegfried Magiera, Peter-Christian Müller-Graff,
Broschur, kostenlos, 4. Auflage 2002, 70 Seiten,
ISBN 3-89204-847-9

Jenseits der EU-Erweiterung,

Werner Weidenfeld (Hrsg.),
Strategiepapier, Broschur, kostenlos, 2. Auflage 2001, 64 Seiten,
ISBN 3-89204-557-7

Nizza in der Analyse. Strategien für Europa

Werner Weidenfeld (Hrsg.),
Broschur, inklusive CD-ROM, 1. Auflage 2001, 352 Seiten,
ISBN 3-89204-569-0

Thinking Enlarged – The Accession Countries and the Future of the European Union.

A Strategy for Reform by the Villa Faber Group on the Future of the EU
Bertelsmann Foundation and Center for Applied Policy Research (eds.),
Broschur, kostenlos, 1. Auflage 2001, ISBN 3-89204-629-8

Beyond EU Enlargement. Volume 1: The Agenda of Direct Neighbourhood for Eastern Europe

Iris Kempe (ed.),
Broschur, 2. Auflage 2001, 282 Seiten,
ISBN 3-89204-548-8

Beyond EU Enlargement. Volume 2: The Agenda of Stabilisation for Southeastern Europe

Wim van Meurs (ed.),
Broschur, 2. Auflage 2001, 284 Seiten,
ISBN 3-89204-549-6

Solidarität und Wettbewerb – die Reform der EU-Strukturpolitik, Strategien für Europa

Heinz-Jürgen Axt,
Broschur, 1. Auflage 2000, 336 Seiten,
ISBN 3-89204-842-8

Demokratie und Interessenausgleich in der Europäischen Union

Claus Giering, Josef Janning, Wolfgang Merkel, Michael Stabenow,
Broschur, kostenlos, 2. Auflage 2000, 88 Seiten,
ISBN 3-89204-844-4

Direkte Nachbarschaft. Die Beziehungen zwischen der erweiterten EU und der Russischen Föderation, Ukraine, Weißrussland und Moldova

Iris Kempe,
Broschur, kostenlos, 2. Auflage 2000, 64 Seiten,
ISBN 3-89204-827-4

Europas Vollendung vorbereiten. Forderungen an die Regierungskonferenz 2000

Bertelsmann Europa-Kommission (Hrsg.)
Broschur, kostenlos, 1. Auflage 2000, 52 Seiten,
ISBN 3-89204-529-1
(englische Ausgabe: *Paving the Way for EU-Completion*,
französische Ausgabe: *Préparer l'achèvement de l'Europe*)

Enhancing the European Union as an International Security Actor. A Strategy for Action

Bertelsmann Foundation (ed.),
Broschur, kostenlos, 1. Auflage 2000,
ISBN 3-89204-508-9



Bertelsmann Stiftung



Internationaler
Karlspreis
zu Aachen

